



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

DER RUSSISCHE TRAUM – PERSPEKTIVEN DER SOZIALEN UND POLITISCHEN ENTWICKLUNG

■ KOMMENTAR		
Über die Misere der Osteuropaexpertise		
Die Bundesrepublik braucht ein Forschungszentrum für den postsowjetischen Raum		2
Hans-Henning Schröder, Berlin		
<hr/>		
■ ANALYSE		
Russlands Traum: Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat		4
Felix Hett und Reinhard Krumm, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen zum Russischen Traum		7
■ ANALYSE		
Gesellschaftliche Perspektiven im Jahre 2013		
Wandel der Sozialstruktur und Regimeakzeptanz		12
Hans-Henning Schröder, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Russland 2012 und 2013 in Umfragen		15
<hr/>		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Sergej Magnitskij, Dima Jakowlew und der Aufstand der Anständigen		25
Jens Siegert, Moskau		
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 1. bis zum 24. Januar 2013		27



Über die Misere der Osteuropaexpertise

Die Bundesrepublik braucht ein Forschungszentrum für den postsowjetischen Raum

Hans-Henning Schröder, Berlin

In der Nummer 248 der Russland-Analysen hat Wladislaw Below, der Leiter des Zentrums für Deutschlandstudien des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, ein bitteres Urteil gefällt:

»An dieser Stelle erlaube ich mir einige Bemerkungen zu den Experten. Anders als in Russland, wo die Zahl derjenigen, die sich mit Fragen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, historischen Entwicklung der BRD beschäftigen, stetig zunimmt (das kann ich anhand der Situation in der Akademie und in der Hochschulbildung beurteilen), ist in Deutschland in Bezug auf die Russische Föderation ein umgekehrter Prozess zu beobachten. ... Die Qualität und Quantität der Expertengemeinde, die in Deutschland zu Russland arbeitet, nimmt mit jedem Jahr ab. Die alte Generation glänzender Kenner der UdSSR und Russlands hat sich zur Ruhe gesetzt und übt bereits nicht mehr den früheren Einfluss auf Gesellschaft und Politik aus. Die neue Generation der Russlandexperten zählt wenige Köpfe und ist nicht immer professionell. Die deutschen Politiker und Beamten, die gegenwärtig für die Beziehungen zum sich transformierenden Russland zuständig sind, erhalten nicht mehr jene professionelle beratende Unterstützung, wie es in früheren Jahren der Fall war.« (Wladislaw Below, Russland-Analysen 248/30.11.2012, S. 6f.)

Die deutsche Russlandexpertise ist unzureichend, die deutsche Politik und die deutsche Öffentlichkeit schlecht beraten. Ein solches Urteil würde man nur zu gern zurückweisen. Doch Wladislaw Below hat recht. Er bringt das auf den Punkt, was die wenigen übriggebliebenen Osteuropa-Experten hierzulande selbst feststellen. Manfred Sapper, der Chefredakteur der Zeitschrift »Osteuropa«, hat dies in der Herbstnummer der Zeitschrift seinerseits sehr deutlich formuliert:

»Die deutsche Expertise über aktuelle Fragen der Innen- und Außenpolitik Russlands, der gesellschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaft verschwindet. Wir sind mit einem Wissensdefizit, einem akademischen Burn-Out-Syndrom besonderer Art, konfrontiert.« (Manfred Sapper, in: Osteuropa, 62.2012, 6–8, S. 505)

Der Autor dieser Zeilen kann das Urteil seiner beiden Kollegen bestätigen. Sowohl als Herausgeber der Russland-Analysen wie über die Jahre als Sprecher der Forschungsgruppe Russland/GUS am »Deutschen Institut für internationale Politik und Sicherheit (SWP)« war

er mit dem Problem konfrontiert, dass es in Deutschland für viele wichtige Fragen keine Expertise gibt. Als im Rahmen der Meseberg-Initiative anstand, Lösungen für den Transnistrienkonflikt zu entwickeln, stellte es sich heraus, dass dafür einfach die Fachleute fehlten, da gegenwärtig weder an deutschen Hochschulen noch in der deutschen außeruniversitären Forschung über russische Moldowa-Politik gearbeitet wird. Dass niemand über die inneren Verhältnisse Moldowas und die interethnischen Konflikte in dieser Region forscht, muss man wohl nicht extra erwähnen. Aber auch über die innere Entwicklung Russlands, des wichtigsten Nachbarn im Osten, liegen nur wenige substantielle Arbeiten vor. Es gibt keine auf Feldforschung basierenden Arbeiten zu Wahlen, Parlamentarismus und Parteiensystem. Es fehlen gründliche Studien der Zivilgesellschaft in ihren verschiedenen Aspekten, zur sozialen Schichtung, über Demographie und Sozialpolitik. Die russische Wahrnehmung der Euro-Krise, die Haltung zur Situation im Nahen Osten, die Bewertung der Rolle Chinas wird nur sporadisch untersucht. Zur Lage der russischen Volkswirtschaft, dem Zustand der Infrastruktur, der technologischen Leistungsfähigkeit und der Kapitalausstattung gibt es in der Wirtschaft gewiss Expertise – im akademischen Raum fehlt sie völlig.

Das »Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien«, das 2001 aufgelöste deutsche Regionalforschungszentrum, hat 1999 eine Studie zu Russlands Perspektiven im Jahre 2010 vorgelegt. Auf Basis der Analyse der makroökonomischen Faktoren, der Staatsfinanzen, der natürlichen Ressourcen, der Umweltpolitik, der demographische Entwicklung, des Komplexes Forschung und Entwicklung und der herrschenden Traditionen und Leitbilder wurden Szenarien für die Entwicklung Russlands und mögliche westliche Strategien erarbeitet. Eine solche Studie könnte heute nicht mehr geschrieben werden: dazu fehlen einfach die Fachleute. Manfred Sapper hat die Misere in seinem Aufsatz zutreffend zusammengefasst:

»Zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Diagnose eindeutig: Weder die Wirtschafts- noch die Sozialwissenschaften an den deutschen Universitäten sind in der Lage, diesen Bedarf an praxisrelevanter Forschung und Beratung zu decken. Auch die außeruniversitären Institute sind damit überfordert, weil sie entweder zeithistorisch ausgerichtet sind oder über keine oder nur punktuelle Russlandexpertise verfügen.

Insofern ist ein Neuanfang erforderlich.« (Manfred Sapper in: Osteuropa, 62.2012, 6–8, S. 519)

Es fehlt Expertise, es fehlt inzwischen auch der Nachwuchs. Denn wer will sich für ein Arbeitsfeld qualifizieren, in dem es keine Stellen gibt? Die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle, die einen regionalen Schwerpunkt in Eurasien haben, kann man an einer Hand abzählen, die nächsten Stellen werden in etwa zehn Jahren frei (wenn sie nicht gestrichen werden). Die Mehrzahl der exzellenten Doktoranden der neunziger Jahre, in denen zahlreiche wegweisende Dissertationen zu Transformationsländern und Transformationsprozessen entstanden, ist nach Abschluss der Promotion notgedrungen in andere Arbeitsbereiche abgewandert.

Es geht also darum, die praxisrelevanter Forschung und Beratung wiederzubeleben, Nachwuchs auszubilden und Stellen für diesen Nachwuchs zu schaffen. Dafür müssen die notwendigen Strukturen geschaffen werden. Die Bundesrepublik braucht wieder ein Regionalforschungszentrum, das sich mit den Entwicklungen in Eurasien – in Russland, der Ukraine, Belarus, Moldowa, dem Südkaukasus und Zentralasien – auseinandersetzt. Diese Forderung steht nicht im luftleeren Raum. Der Wissenschaftsrat hat schon im Jahre 2006 »Empfehlungen zu den Regionalstudien (area studies) in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen«, in denen er auf die Misere aufmerksam gemacht hat, die nicht nur die Expertise zu Osteuropa und Eurasien betrifft, sondern mehr oder weniger zu allen Weltregionen. Die methodische Wende der

universitären Sozialwissenschaften zu positivistischen Ansätzen und quantifizierender Modellbildung hat das Wissen über regionale Entwicklungen entwertet, und sie droht nun gänzlich verloren zu gehen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat deshalb ein Programm aufgelegt, um Hochschulen anzuregen, regionale Schwerpunkte zu bilden. Sechs neue Zentren sind gebildet worden, die sich u. a. mit Chinas Engagement in Afrika oder den Rivalitäten der Großmächte im arabischen Raum befassen. Im Bereich der gegenwartsbezogenen Osteuropaforschung steht eine Gründung noch aus.

Bei unseren Nachbarn ist man da konsequenter. Sowohl in Finnland wie in Polen sind große Institute geschaffen worden, die sich mit Osteuropa und Eurasien befassen: das »Aleksanteri-Instituutti« in Helsinki und das »Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia (OSW)« in Warschau. Die Konzepte beider Institute sind durchaus unterschiedlich, doch beide beschäftigen 30 bzw. 40 Wissenschaftler, die Entwicklungen in der postsowjetischen Region im Detail erforschen. Es wird Zeit, dass in der Bundesrepublik ein Forschungszentrum Eurasien geschaffen wird. In diesem Zentrum muss substantielle Regionalforschung als Grundlage von Politikberatung betrieben werden, und das Zentrum muss in Zusammenarbeit mit Universitäten einen Stamm von Nachwuchswissenschaftlern heranbilden, die unsere Forschung und Beratung wieder konkurrenzfähig machen.

Über den Autor

Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin regionale Politikanalyse mit dem Schwerpunkt Osteuropa.

Lesetipps

- Sapper, Manfred: Niedergang und Neuanfang. Die Krise der deutschen Russlandexpertise, in: Osteuropa, 62.2012, 6–8, S. 505–520.
- Empfehlungen zu den Regionalstudien (area studies) in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Drs. 7381-06, Mainz, 7. Juli 2006 <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7381-06.pdf>.
- BMBF fördert sechs neue Zentren für Regionalstudien <http://www.bmbf.de/press/3392.php>.
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien: Rußlands Perspektiven. Kritische Faktoren und mögliche Entwicklungen bis 2010, Köln 6.7. 1999 (= Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 25-1999), 45 S. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-44104>

Osteuropa-Zentren in Finnland und Polen

- Aleksanteri-Instituutti Helsinki (<http://www.helsinki.fi/aleksanteri/instituutti/>) Unabhängiges Institut an der Universität Helsinki, Budget 2012: circa 3,7 Mill. Euro <http://www.helsinki.fi/aleksanteri/instituutti/tiedostot/tavoiteohjelma2010-2012.pdf> 50 Mitarbeiter (30 Wissenschaftler, 20 Verwaltung) + 15 visiting fellows
- Ośrodek Studiów Wschodnich im. Marka Karpia (OSW), Warschau (<http://www.osw.waw.pl/>) Vom Außenministerium finanzierter Think Tank Budget 2012: 8,823 mln zł (circa 2,15 Millionen Euro) (http://www.archbip.mf.gov.pl/bip/_files_/budzet_panstwa/ustawy_budzetowe/na_2012/20120309_ustawa_budzetowa_na_2012.zip) 55 Mitarbeiter (40 Wissenschaftler, 15 Verwaltung)

Russlands Traum: Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat

Felix Hett und Reinhard Krumm, Berlin

Zusammenfassung

83 Prozent der Russen empfinden die Einkommensverteilung in ihrem Land als ungerecht. Dies ergab eine Studie der Russischen Akademie der Wissenschaften und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gegenstand der Umfrage: Der »Russische Traum« oder die Frage, in was für einer Gesellschaft Russlands Bürger künftig leben wollen. Demnach hat soziale Gerechtigkeit für die Mehrheit der Befragten höchste Priorität. Ihr Garant kann nach Meinung vieler nur ein starker Staat sein, der die Rechte der Schwachen gegen die Ansprüche der Starken verteidigt. Im persönlichen Leben wünscht die Mehrzahl der Befragten jedoch keine staatliche Einmischung. Die Qualität einer Demokratie wird weniger an der Achtung politischer als an der Wahrung sozialer und rechtsstaatlicher Grundrechte gemessen.

Protest und Traum

Die Protestwelle, von der Russland im Winter und im Frühjahr dieses Jahres erfasst wurde, hat eines deutlich gemacht: Russlands Bürger werden zu einem immer wichtigeren Faktor in der Politik des Landes. Die Ämter-Rochade zwischen Dmitrij Medwedew und Wladimir Putin, die nunmehr als Ministerpräsident beziehungsweise Präsident Russland führen, galt vielen als eklatante Missachtung des Wählerwillens. Manipulationen bei der Parlamentswahl am 4. Dezember 2012 waren dann nur noch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte: Die generelle Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen hatte sich lange aufgestaut. Nun entlud sie sich auf den Straßen Moskaus und anderer Städte. Anzeichen für die wachsende Frustration hatten Soziologen des Moskauer Zentrums für strategische Ausarbeitungen bereits Monate zuvor registriert. Für die Mehrzahl der Beobachter kam jedoch vor allem das Ausmaß der Protestwelle überraschend. Grund genug, Russlands Gesellschaft künftig stärker in den Blick zu nehmen.

Der oft gemachte Vorwurf an die Bürgerbewegung lautet: Demonstriert wird nur gegen Putin und die »Partei der Macht« Einiges Russland. Alternative Politikentwürfe habe die Straße nicht zu bieten. Der Vorwurf ist zum Teil berechtigt und zugleich ungerecht. Denn unabhängig organisierte Formen der politischen Willensbildung wurden in den vergangenen Jahren durch den Staat verhindert. Nachdem als Reaktion auf die Proteste die Neuregistrierung von Parteien stark vereinfacht wurde, könnten sich hier in Zukunft neue Möglichkeiten auftun. Nötig ist in jedem Fall eine intensive Debatte über die künftige Ausgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund hat die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften im Frühjahr 2012 eine Studie zum »Russischen Traum« angefertigt. 1750 Russinnen und Russen in 20 Regionen

Russlands – von Archangelsk im Norden bis zum Kaukasus im Süden, von Tula im Westen bis nach Chabarovsk im Fernen Osten des Landes – wurden repräsentativ befragt, in was für einem Land und in was für einer Gesellschaft sie künftig leben wollen. Die Konturen eines russischen Traums, verstanden als Vision einer wünschenswerten Zukunft, sollen im Folgenden knapp nachgezeichnet werden.

Russlands Träume

Die überwiegende Mehrheit der Befragten hat einen Traum: Nur fünf Prozent gaben an, für sie sei das Träumen untypisch, und weitere acht Prozent haben früher geträumt, dieses aber nunmehr aufgegeben. Je höher der sozioökonomische Status der Interviewten, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass diese träumen. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Wer nicht träumt, gehört in der Regel den ärmeren Schichten an. Das Fehlen jeglicher Zukunftsträume ist in Verbindung mit einer in dieser Gruppe dominierenden Wahrnehmung zu sehen, dass sich die meisten Lebenspläne nicht realisieren lassen. Hier gibt über die Hälfte an, kaum eine Möglichkeit zu sehen, reich zu werden oder einen prestigeträchtigen Arbeitsplatz zu erhalten. Insgesamt scheint ein gutes Zehntel der Bevölkerung desillusioniert, ohne Hoffnung auf eine Besserung der persönlichen Lebensumstände. Dabei ist wichtig zu bedenken, dass nur Menschen im Alter von 16 bis 55 Jahren befragt wurden. Es ist zu vermuten, dass eine Beteiligung der in Russland vielfach verarmten Rentner an der Umfrage die Gruppe der Desillusionierten erheblich vergrößert hätte.

Wenn geträumt wird, dann sind die Träume der russischen Bürger vor allem auf das individuelle Wohlergehen bezogen: Für drei Viertel aller Befragten steht dies an erster Stelle. 40 Prozent wünschen sich Wohlstand, verstanden als die Möglichkeit, Geld auszugeben, ohne jede Kopeke umdrehen zu müssen. 33 Prozent träumen von Gesundheit, 23 Prozent von familiärem Glück und

21 Prozent von einem Eigenheim. Werden die Antworten offen gelassen, sind die Ergebnisse ähnlich: Hier steht die eigene Gesundheit sowie die der Verwandten und Freunde an erster Stelle (43 Prozent), dann folgen Wohlstand (39 Prozent) und das Glück nahestehender Personen (25 Prozent). Romantische Träume wie der, die wahre Liebe zu finden oder berühmt und schön zu werden, werden nur von einer Minderheit geteilt (siehe Grafik 1 auf S. 7). Eine Mehrheit versucht, sich ihre Träume durch eigene Anstrengung zu erfüllen (siehe Grafik 2 auf S. 8). Ein Drittel der Befragten wünscht sich, in einer gerechteren und rationaler aufgebauten Gesellschaft zu leben – dies allerdings nur, wenn die Antwortmöglichkeit durch den Interviewer vorgegeben wird.

Starker Staat und Freiheit

Werden die Bürger Russlands über ihre Träume in Bezug auf die Politik befragt, ergibt sich eine klare Präferenz zugunsten eines starken Staates: Vor die Wahl gestellt, aus einer Reihe von politischen Schlagwörtern diejenigen herauszusuchen, die am ehesten den persönlichen Traum über die Zukunft des Landes wiedergeben, votieren 45 Prozent für soziale Gerechtigkeit, gleiche Rechte für alle und einen »starken Staat, der sich um seine Bürger kümmert«. Erst dahinter folgen Werte wie »Demokratie, Menschenrechte und die freie Entfaltung der Persönlichkeit«, gesellschaftliche Stabilität oder Russlands Rückkehr zum alten Großmachtstatus (siehe Grafik 3 auf S. 9).

Für die überwältigende Mehrheit der russischen Bürger ist klar, dass nur der Staat soziale Gerechtigkeit herstellen kann: Für den sozialen Schutz der Bevölkerung sehen 91 Prozent gerade ihn in der Verantwortung, 71 Prozent möchten seine Rolle gestärkt sehen, und 60 Prozent stimmen der Aussage zu, dass der Staat die Interessen des gesamten Volkes gegenüber einzelnen Gruppen durchsetzen muss. Hierin scheint auch der Grund für die Staatsbegeisterung zu liegen, die andererseits aber zu der hohen Wertschätzung von individueller Freiheit im deutlichen Widerspruch steht: Mehr als zwei Drittel der Befragten glauben, dass ohne diese das Leben ihren Sinn verliert. Dabei wird unter dem Begriff Freiheit vor allem die Möglichkeit verstanden, sein eigener Herr zu sein und sich von niemandem in die persönliche Lebensgestaltung reinreden lassen zu müssen. Dieses ungewöhnliche Bild – man befürwortet einen starken Staat, der andere in die Schranken weist, einen selbst aber in Ruhe lassen sollte – wird noch ergänzt durch die stereotype Ablehnung von »Individualismus und Liberalismus westlichen Typs«, die sich 54 Prozent der Befragten zu eigen machen. Offenbar besteht in Russland eine positiv Grundeinstellung gegenüber kollektivistischen Werten und Normen, die aber in der All-

tagsrealität wenig Niederschlag findet. Ein Gefühl der Gemeinschaft erlebt man dann auch insbesondere im Verhältnis zur eigenen Familie (65 Prozent), zu Freunden (63 Prozent) und zu Arbeitskollegen (40 Prozent), weniger zu Menschen, die eine ähnliche politische Einstellung teilen (fünf Prozent) oder Bürger Russlands (4,5 Prozent) sind.

Soziale Gerechtigkeit und Demokratie

Über alle sozialen Gruppen hinweg findet sich eine große Wertschätzung sozialer Gerechtigkeit, auch in den wohlhabenderen Bevölkerungsschichten (vgl. Grafik 4 auf S. 10). Ein Grund liegt offensichtlich in der Tatsache, dass die gegenwärtige Situation in Russland als besonders ungerecht wahrgenommen wird: Zwei Drittel der Befragten wünschen sich eine Gesellschaft der sozialen Gleichheit, wobei letztere wiederum von 59 Prozent als Chancen- und von immerhin 41 Prozent als Einkommensgleichheit interpretiert wird. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden von 83 Prozent aller Befragten als zu groß eingeschätzt. Zwei Drittel empfinden die Verteilung des Privateigentums als ungerecht, und ebenso viele teilen diese Aussage über die derzeitige Lohnstruktur. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist der Auffassung, dass sie persönlich ungerecht entlohnt wird.

Der hohe Stellenwert der Gerechtigkeit bedeutet aber nicht, dass Ungleichheiten nicht akzeptiert werden: Gewisse Einkommensunterschiede, die aus unterschiedlicher Bildung oder Anstrengung resultieren, gelten als gerecht. Von einer relativen Mehrheit der Russen (48 Prozent) wird jedoch nicht akzeptiert, dass jemand aufgrund seines höheren Einkommens eine bessere medizinische Versorgung erhält. Eine Gesellschaft wird als demokratisch wahrgenommen, wenn soziale und ökonomische Rechte gewahrt werden (Zustimmung von 79 Prozent der Befragten). Auf die Frage, welche Bedingungen unbedingt erfüllt werden müssen, damit in einer Gesellschaft alle Träume von Demokratie erfüllt sind, nennen 77 Prozent die Gleichheit aller vor dem Gesetz. 40 Prozent sehen geringe Einkommensunterschiede als Grundvoraussetzung für Demokratie und 37 Prozent unabhängige Gerichte. Die Bedeutung von freien Wahlen (27 Prozent) ist hingegen gesunken – vielleicht, weil die Desillusionierung in Bezug auf den Wahlprozess mittlerweile groß ist. Drei Viertel der Befragten geben an, dass sich ihre Vorstellungen über einen demokratischen Aufbau der russischen Gesellschaft nicht erfüllt haben (siehe Grafik 5 auf S. 10).

Gemischte Wirtschaft

Das hohe Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit soll durch den Staat befriedigt werden: Zwei Drittel stimmen der Aussage zu, es sei nötig, die Rolle des Staates

in allen Bereichen zu stärken sowie Großbetriebe und strategisch wichtige Branchen zu verstaatlichen. 28 Prozent sind genau entgegengesetzter Meinung: Sie sehen die Notwendigkeit, »alle Lebensbereiche zu liberalisieren und die Wirtschaft von der Macht der Bürokraten zu befreien«. Etatisten, Anhänger des starken Staates, bilden also die klare Mehrheit der Bevölkerung, sehen sich aber einer nicht zu vernachlässigenden liberalen Minderheit gegenüber. Überschneidungen und Differenzen gibt es bei der Wahl der bevorzugten Wirtschaftsform: Ein Viertel der Liberalen befürwortet einen reinen Kapitalismus, ebenso wie 15 Prozent der Etatisten. Die Übrigen treten entweder für eine sozialistische Wirtschaftsform ein oder für eine »mixed economy« aus Plan- und Marktwirtschaft. Gerade für die letzte Variante sprechen sich über die Hälfte der Befragten aus.

Polarisierung der Gesellschaft?

Es gibt Grund zu der Annahme, dass die seit den Wahlen entstandene Protestbewegung durch das liberale Spektrum der russischen Gesellschaft dominiert wird. Auch einige der lautstarken Moskauer Politikstrategen schienen von dieser Annahme ausgegangen zu sein, als sie versuchten, die konservative Mehrheit der Bevöl-

kerung gegen die liberale Minderheit, das »satte Moskau« in Stellung zu bringen. Der Erfolg dieser Strategie ist jedoch ungewiss, eine Polarisierung der russischen Gesellschaft nicht zwangsläufig. Politische Brücken können geschlagen werden, wie nicht zuletzt die Studie zum »Russischen Traum« zeigt. Denn Werte wie soziale Gerechtigkeit, ein Demokratieverständnis, das nicht nur rein prozessual ist, sondern auch die sozialen Grundlagen von Demokratie mitdenkt, die Ablehnung marktradikaler Wirtschaftsmodelle und die Überzeugung, selbst anpacken zu müssen, sind Konturen eines Russischen Traums, der in weiten Teilen der russischen Gesellschaft konsensfähig ist. Zu diesem gehört aber nach wie vor auch eine starke Präferenz für gesellschaftliche Stabilität: Die Abneigung gegen revolutionären Umwälzungen zeigt sich in der Frage nach der historischen Epoche, in der Russland seinem Traum am nächsten gekommen ist: 32 Prozent der Befragten nennen die Zeit unter Putin, 14 Prozent die letzten Jahrzehnte der Sowjetunion, den »goldenen Herbst« des Staatssozialismus (siehe Grafik 6 auf S. 11). Freilich: Etwa ein Drittel gibt zu bedenken, dass der Russische Traum bislang noch nie auch nur annähernd erfüllt wurde.

Über die Autoren

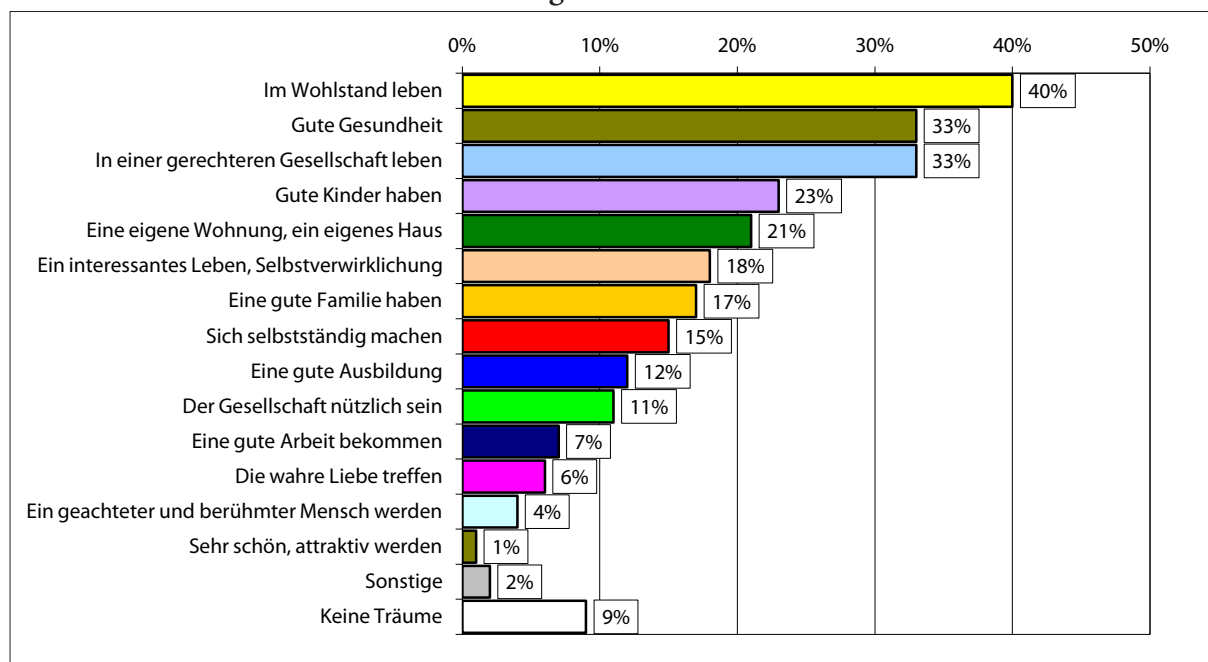
Felix Hett ist Referent für Russland, die Ukraine und Belarus im Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dr. Reinhard Krumm leitet das Referat und war von 2007 bis 2012 Auslandsmitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation.

Lesetipps

- Hett, Felix; Krumm, Reinhard: Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums. FES Internationaler Dialog, FES Moskau, Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>
- Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Soziologii: O tšhom metschtajut rossijane (rasmyschlenija soziologow). Analititscheskij doklad. Podgotowlen w sotrudnitschestwe s Predstawitelstwom Fonda imeni Fridricha Eberta w Rossijskoj Federazii, Moskwa 2012 <http://www.isras.ru/files/File/Doklad/AnalitdocMechti/Ochemmechtayutrossiyane.pdf>, 15. September 2012 [Vollständige Umfrage, in Russisch]

Umfragen zum Russischen Traum

Grafik 1: Wovon träumen Russlands Bürger?



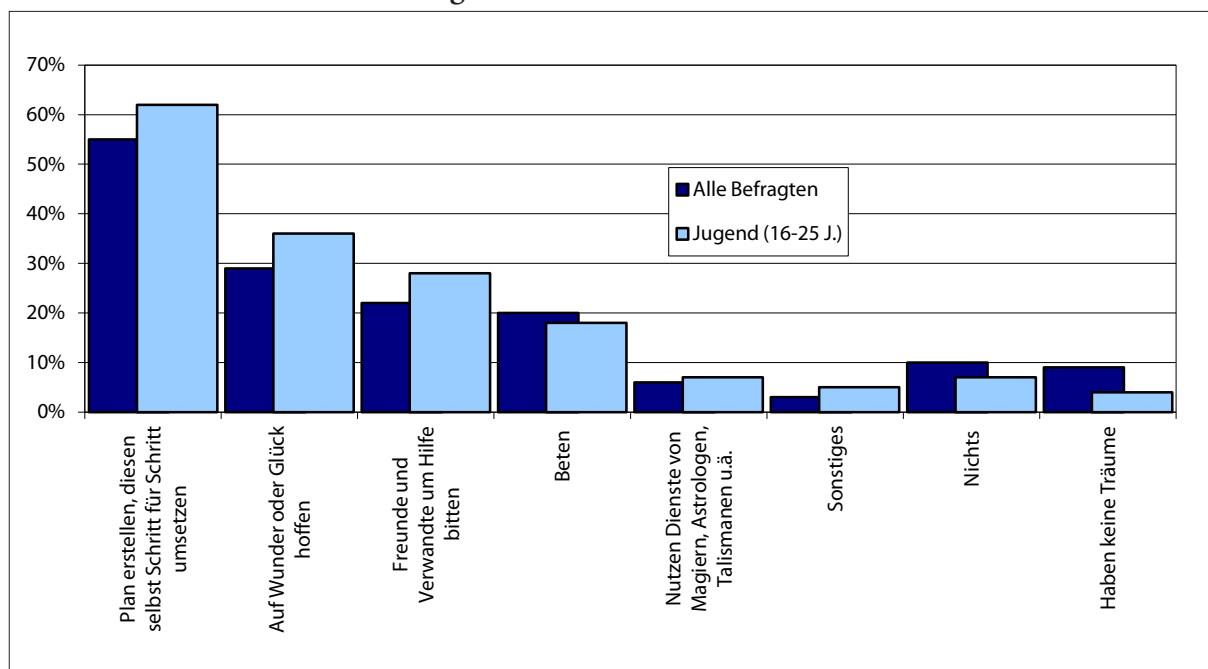
Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog, FES Moskau. *Perspektive*, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Tabelle 1: Wovon träumen Russlands Bürger? (Antwortmöglichkeiten vorgegeben, bis zu drei Antworten möglich, Angaben in Prozent)

Im Wohlstand leben; die Möglichkeit haben, Geld auszugeben, ohne jede Kopeke umdrehen zu müssen	40 %
Gute Gesundheit	33 %
In einer gerechteren und vernünftiger geordneten Gesellschaft leben	33 %
Gute Kinder haben	23 %
Eine eigene Wohnung, ein eigenes Haus	21 %
Ein interessantes Leben, Selbstverwirklichung	18 %
Eine gute Familie haben	17 %
Sich selbstständig machen	15 %
Eine gute Ausbildung	12 %
Der Gesellschaft nützlich sein, einen Teil zur Entwicklung Russlands beitragen	11 %
Eine gute Arbeit bekommen	7 %
Die wahre Liebe treffen	6 %
Ein geachteter und berühmter Mensch werden	4 %
Sehr schön, attraktiv werden	1 %
Sonstige	2 %
Keine Träume	9 %

Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog, FES Moskau. *Perspektive*, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Grafik 2: Was tun Russlands Bürger, um ihre Träume zu erfüllen?



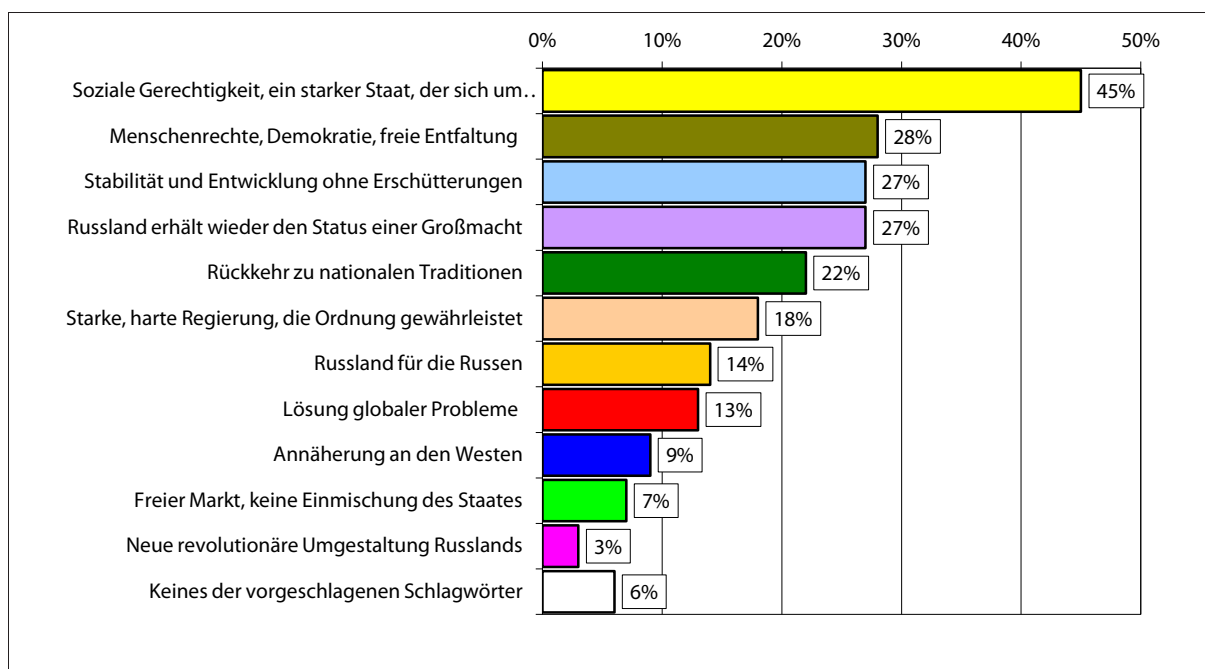
Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog, FES Moskau, Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

**Tabelle 2: Was tun Russlands Bürger, um ihre Träume zu erfüllen?
(mehrere Antworten möglich, Angaben in Prozent)**

	Alle Befragten	Jugend (16–25 J.)
Plan erstellen, diesen selbst Schritt für Schritt umsetzen	55 %	62 %
Auf Wunder oder Glück hoffen	29 %	36 %
Freunde und Verwandte um Hilfe bitten	22 %	28 %
Beten	20 %	18 %
Nutzen Dienste von Magiern, Astrologen, Talismanen u. ä.	6 %	7 %
Sonstiges	3 %	5 %
Nichts	10 %	7 %
Haben keine Träume	9 %	4 %

Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog, FES Moskau, Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Grafik 3: Mit welchen politischen Schlagwörtern wird der Traum über die Zukunft Russlands verbunden?



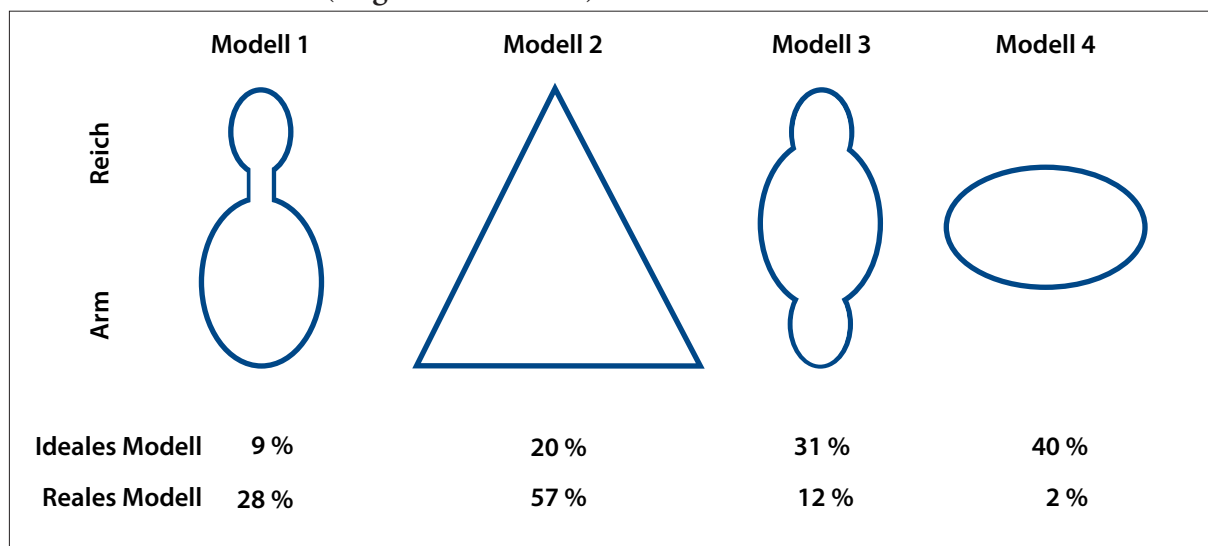
Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog. FES Moskau. Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Tabelle 3: Mit welchen politischen Schlagwörtern wird der Traum über die Zukunft Russlands verbunden? (mehrere Antworten möglich, Angaben in Prozent)

Soziale Gerechtigkeit, gleiche Rechte für alle, ein starker Staat, der sich um seine Bürger kümmert	45 %
Menschenrechte, Demokratie, freie Entfaltung der Persönlichkeit	28 %
Stabilität und Entwicklung der Gesellschaft ohne Revolutionen und Erschütterungen	27 %
Russland erhält wieder den Status einer Großmacht	27 %
Rückkehr zu nationalen Traditionen, moralischen Werten	22 %
Starke, harte Regierung, die in der Lage ist, Ordnung zu gewährleisten	18 %
Russland in erster Linie für die Russen, Schaffung eines russ. Nationalstaats	14 %
Lösung globaler Probleme (z.B. Ökologie)	13 %
Annäherung an den Westen, an moderne, entwickelte Länder; Integration in das gemeinsame europäische Haus	9 %
Freier Markt, Privateigentum, minimale Einmischung des Staates in die Wirtschaft	7 %
Neue revolutionäre Umgestaltung Russlands	3 %
Keine der vorgeschlagenen Schlagwörter entspricht meinem Traum über die Zukunft Russlands	6 %

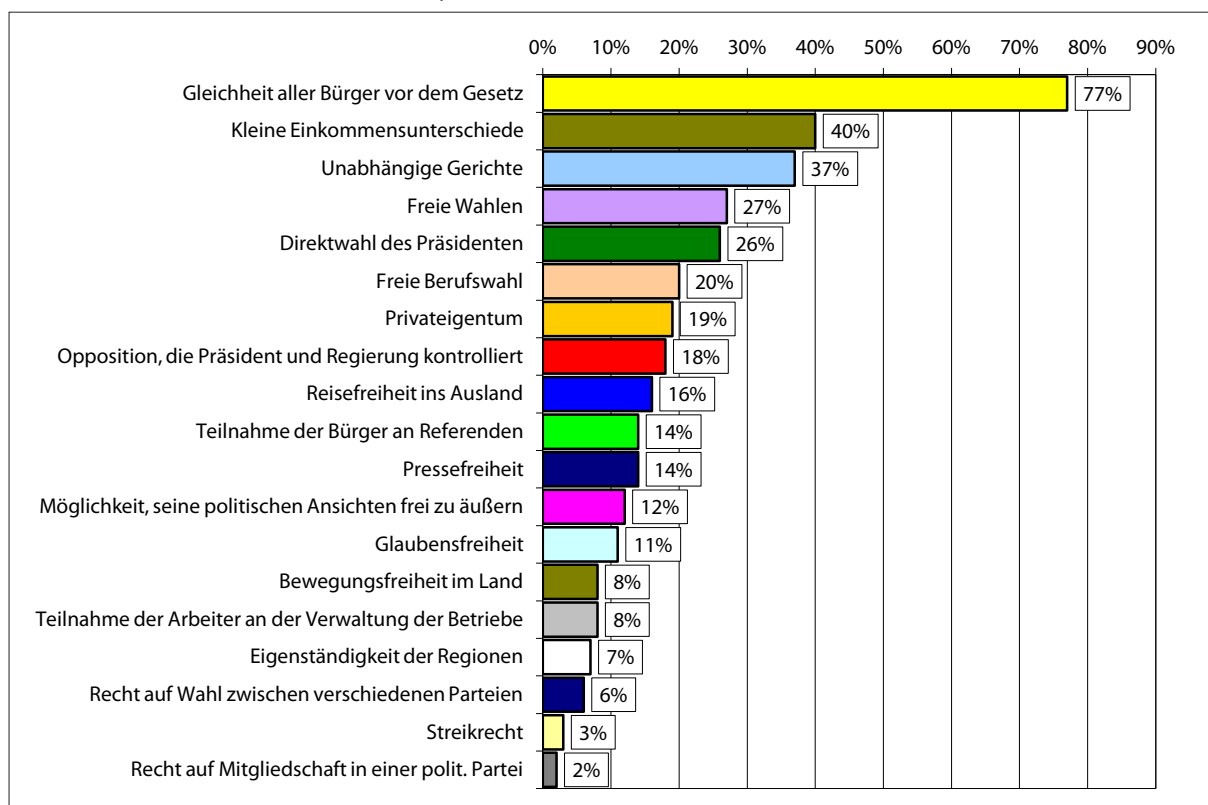
Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog. FES Moskau. Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Grafik 4: Welches Modell passt am besten auf die ideale und die reale Struktur der russischen Gesellschaft? (Angaben in Prozent)



Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums. FES Internationaler Dialog, FES Moskau, Perspektive, Juli 2012* <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Grafik 5: Welche der folgenden Elemente sind absolut notwendig, damit man sagen kann: Ja, das ist die Gesellschaft, in der meine Träume von Demokratie erfüllt sind?



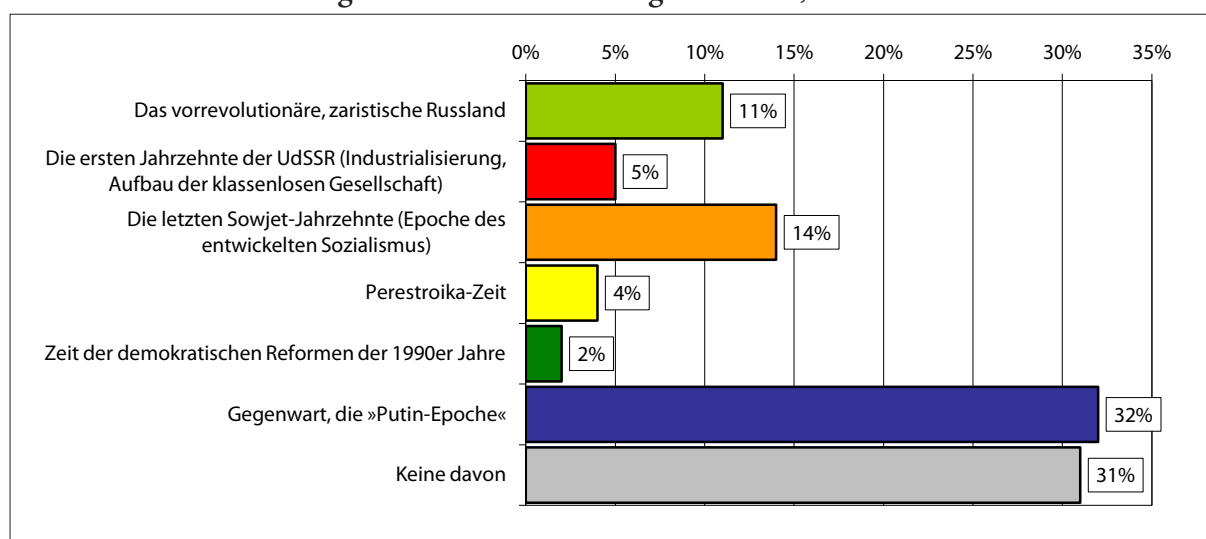
Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums. FES Internationaler Dialog, FES Moskau, Perspektive, Juli 2012* <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Tabelle 4: Welche der folgenden Elemente sind absolut notwendig, damit man sagen kann: Ja, das ist die Gesellschaft, in der meine Träume von Demokratie erfüllt sind? (Angaben in Prozent)

Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz	77%
Kleine Einkommensunterschiede	40%
Unabhängige Gerichte	37%
Freie Wahlen	27%
Direktwahl des Präsidenten	26%
Freie Berufswahl	20%
Privateigentum	19%
Existenz einer Opposition, die Präsident und Regierung kontrolliert	18%
Reisefreiheit ins Ausland	16%
Teilnahme der Bürger an Referenden	14%
Pressefreiheit	14%
Möglichkeit, seine politischen Ansichten frei zu äußern	12%
Glaubensfreiheit	11%
Bewegungsfreiheit im Land	8%
Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Betriebe	8%
Eigenständigkeit der Regionen	7%
Recht auf Wahl zwischen verschiedenen Parteien	6%
Streikrecht	3%
Recht auf Mitgliedschaft in einer politischen Partei	2%

Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog. FES Moskau. Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Grafik 6: Welche Periode in der Geschichte Russlands entspricht weitestgehend den Idealen der russischen Bürger und ihren Vorstellungen darüber, wie Russland sein sollte?



Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog. FES Moskau. Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

Tabelle 5: Welche Periode in der Geschichte Russlands entspricht weitestgehend den Idealen der russischen Bürger und ihren Vorstellungen darüber, wie Russland sein sollte? (Angaben in Prozent)

Das vorrevolutionäre, zaristische Russland	11 %
Die ersten Jahrzehnte der UdSSR (Industrialisierung, Aufbau der klassenlosen Gesellschaft)	5 %
Die letzten Sowjet-Jahrzehnte (Epoche des entwickelten Sozialismus)	14 %
Perestroika-Zeit	4 %
Zeit der demokratischen Reformen der 1990er Jahre	2 %
Gegenwart, die »Putin-Epoche«	32 %
Keine davon	31 %

Quelle: Hett, Felix; Krumm, Reinhard: *Gerechtigkeit, Freiheit und ein starker Staat. Konturen eines widersprüchlichen Russischen Traums*. FES Internationaler Dialog, FES Moskau, Perspektive, Juli 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/id/09212.pdf>

ANALYSE

Gesellschaftliche Perspektiven im Jahre 2013

Wandel der Sozialstruktur und Regimeakzeptanz

Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Der Rückgang der Protestaktivität im Jahre 2012 bedeutet nicht, dass die innere Situation Russlands sich wieder stabilisiert und die Putin-Administration den politischen Prozess unter ihre Kontrolle gebracht hat. Öffentlichkeitsstrukturen und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse haben sich verändert. Dem staatlichen Fernsehen ist mit dem Internet eine Konkurrenz erwachsen, die bisher unkontrolliert ist. In den Städten hat das Wirtschaftswachstum der Jahre 2000–2008 eine Schicht geschaffen, die Gestaltungsraum und Mitsprache einfordert. Zugleich bestehen die starken Gegensätze zwischen Arm und Reich fort, und ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, der am Rande des Existenzminimums lebt, erwartet von der Führung eine Besserung seiner Lage. Das Misstrauen gegenüber der Führungsschicht, die durch die Bank als korrupt wahrgenommen wird, ist groß. Die Zustimmungswerte für Putin, der lange Jahre erfolgreich als Integrationsfigur agierte, sinken. Die internen Probleme sind also keineswegs überwunden und die Regierung steht vor einer schwierigen Aufgabe.

Ruhe nach dem Sturm?

Ein Jahr nach den Massendemonstrationen in Moskau ist in der russischen Hauptstadt wieder Ruhe eingekehrt. Versuche von Oppositionsgruppen, abermals Großdemonstrationen zu organisieren, waren wenig erfolgreich. Es gelang ihnen zwar, einige Tausend Demonstranten auf die Straßen zu bringen, doch die Mobilisierung blieb weit hinter der im Winter 2011/2012 zurück. Offenbar ist die Protestbereitschaft nach den Präsidentenwahlen und der Amtseinführung der neuen Administration deutlich zurückgegangen. Doch ob dies bedeutet, dass die Lage im Innern stabil ist, und die dritte Putin-Administration die politische Situation kontrolliert, das steht

dahin. Beobachter aus verschiedenen Lagern bezweifeln, dass die Ursachen, die zu den Protesten geführt haben, verschwunden sind.

Die neugegründete »Stiftung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft« etwa, die der Präsidialadministration nahe steht, vertrat in einer Analyse der politischen Krise 2011/2012 die Ansicht, dass die »Problemmotivatoren« der Proteste fortbestehen würden, nur die Form des Massenprotests habe sich erschöpft. Allerdings sei die politische Mobilisierung im Rahmen sozialer Netzwerken eine Novität, die inzwischen in den Werkzeugkasten der »Polittechnologen« – der *spin doctors* – aufgenommen worden sei. Der *think tank* des Präsidenten

geht also davon aus, dass die Probleme, die für die Unzufriedenheit in der Gesellschaft im Jahre 2011 verantwortlich waren, fortbestehen. Er dachte zugleich darüber nach, wie die neuen Protestformen für die eigenen Zwecke instrumentalisiert werden können. Auch Anatolij Tschubajts, der Vorstandsvorsitzende des Konzerns *Rosnano* und ein über lange Jahre ein einflussreicher Akteur in der russischen Innen- und Wirtschaftspolitik, der zur Putin-Administration eine gewisse Distanz wahrt, sieht keine Entspannung der Situation. Er betont die strukturellen Ursachen und die Eigendynamik des sozialen Prozesses:

»Jegor Gajdar hat gesagt, dass ein Staat mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen über 15.000 US\$ nicht lange autoritär bleiben kann. Eben das passiert, das heißt heute: in Russland ist eine Mittelklasse entstanden. Zugegeben, vorläufig gibt es sie nur in Moskau, Petersburg und ein bisschen in Jekaterinburg, ja, sie hat keine klaren Führer ..., aber der Prozess ist in Gang gekommen, den kann man nicht aufhalten. ... Es wird noch zehn Veranstaltungen geben, wo 3.000 Leute hingehen, aber dann versammelt sich plötzlich eine halbe Million. Davon bin ich zu 100 % überzeugt! Der Zug fährt nicht zurück.« (Itogi 44/855 vom 29.10.12 <http://www.itogi.ru/russia/2012/44/183529.html>)

Sowohl im engeren Führungskreis wie in der politischen Klasse allgemein herrscht der Eindruck vor, dass die politische Situation nach wie vor gespannt ist. Das Abflauen der Proteste wird nicht als Rückkehr zu den stabilen Verhältnissen der ersten beiden Amtszeiten Putins 2000–2004 und 2004–2008 aufgefasst, in der das Regime von der plebiszitären Zustimmung der Bürger getragen wurde. 2012 und 2013 nehmen die Beobachter nach wie vor ein erhebliches Potential an Unzufriedenheit wahr, das über kurz oder lang auch wieder zu öffentlichen Protesten führen könnte.

Die Reichweite der Moskauer Massenproteste

Die Demonstrationen des Winters 2011/12 wurden durch die Fälschungen bei den Dumawahlen im Dezember 2011 ausgelöst. Doch die Fälschungen, die bei diesen Wahlen auch in Moskau und anderen größeren Städten stattfanden, und mit ungewöhnlicher Dreistigkeit durchgeführt wurden, waren nur der Anlass für die Proteste. An den Wahlen entzündete sich der Unwille, die angestaute Unzufriedenheit machte sich Luft. Die Gründe für die Unzufriedenheit mit der politischen Führung waren vielfältiger. Umfragen der Lewada-Stiftung zu den Kümernissen der Bevölkerung in den Jahren 2005–2012 zeigen, dass materielle Probleme im Vordergrund stehen (vgl. Tabelle 6 auf S. 16–17). Am drückendsten wurden und werden die Preissteigerun-

gen empfunden – weit über zwei Drittel der Befragten geben dies als Ihre Hauptsorge an. Eng damit verbunden ist die Angst vor Armut, die etwa die Hälfte der Respondenten beschäftigt, und vor Arbeitslosigkeit, die ein Drittel angeben. Der Anteil der Befragten, die Korruption als Problem sehen, ist zwischen 2005 und 2012 von 24 % auf 35 % gewachsen. Der Prozentsatz derjenigen, die soziale Ungerechtigkeit thematisieren, bewegt sich dem Lewada-Zentrum zufolge in einem ähnlichen Größenbereich und hatte den höchsten Wert aber 2008, ehe die Erfahrung der Wirtschaftskrise – die 2009 in aller Deutlichkeit wahrgenommen wurde – dazu führte, dass dieses Thema gegenüber den existentiellen Sorgen etwas in den Hintergrund trat. Die entsprechende Umfrage des WZIAM für das Jahr 2012 (vgl. Tabelle 7 auf S. 17–18), die etwas anders angelegt ist, zeigt zwar im einzelnen andere Werte, bestätigt die Erhebungen von Lewada jedoch in der Tendenz: Armut, Preisanstieg und die Wohnungsfrage – bei der es neben der Wohnungsnot vor allem um den starken Anstieg der Nebenkosten geht – stehen im Vordergrund. Danach folgen sofort Korruption und Bürokratie. Bei den Respondenten des WZIAM lösen sie beinahe im gleichen Maße Sorgen aus wie die sozialen Themen.

Für die Mehrheit der Bevölkerung stehen also auch 2012 und 2013 die existentiellen Probleme im Vordergrund. Preisanstieg, die Frage der Wohnungskosten, die Angst vor Verarmung, die unzureichende Gesundheitsversorgung, das sind die Themen, die die Masse der Bürger beschäftigen. Über Terrorismus, die Bedrohung der Demokratie und die Einschränkung von Menschenrechten machen sich die meisten Befragten keine Gedanken. Dass »Korruption und Bestechlichkeit« bzw. »Korruption und Bürokratismus« ein wichtiges Thema ist, weist aber auf ein Misstrauen gegenüber der Obrigkeit hin, das auch durch die Vorstellung von der ungerechten Einkommensverteilung in der Gesellschaft genährt wird. Die Moskauer Massenproteste im Winter 2011/2012 thematisierten zwar dieses Misstrauen, sie griffen auch das Thema Demokratie auf, doch sie ignorierten die existentiellen Probleme, die die Mehrheit der Bevölkerung inner- und außerhalb von Moskau bewegen. Insofern waren die Proteste typisch für die Haltung Moskauer Mittelschichten, für die Armut, Inflation und Arbeitslosigkeit eher ein theoretisches Problem darstellen, die aber fallweise für Themen wie Demokratie und Gerechtigkeit mobilisierbar sind. Die Proteste sind aber nicht repräsentativ für die Bevölkerungsmehrheit, für die materielle Sorgen im Vordergrund stehen.

Veränderung in der Gesellschaft

Das Auftreten dieser Moskauer »Mittelschicht« im Winter 2011/2012 ist Ergebnis des gesellschaftlichen Struk-

turwandels, den Russland seit 1999 durchlaufen hat. Nach der Finanzkrise 1998 hatte sich mit der wirtschaftlichen Erholung und dann beschleunigt mit dem Ansteigen der Energiepreise auch die materielle Lage der Bevölkerung gebessert. Waren es im Jahre 2000 noch 42,3 Mio. Russen (29 % der Gesamtbevölkerung), deren Einkommen unter dem Existenzminimum lag, so hatte sich diese Zahl im Jahre 2011 auf 18 Mio. (12,7 %) reduziert. Das durchschnittliche Realeinkommen hatte sich indes gegenüber 1995 verdoppelt. Die wachsenden Einkommen führten zu Verschiebungen in der Gesellschaft. Erhebungen des Lewada-Zentrums (vgl. Grafik 10 auf S. 18) zeigen, dass bei Fortbestehen großer sozialer Unterschiede die Einkommensgruppen zunehmen, die in relativem Wohlstand leben. Im Jahre 2001 hatten nur 28 % genug Geld, um sich Kleidung und Nahrungsmittel zu kaufen – also die Grundbedürfnisse zu befriedigen. Und nur 6 % konnten sich darüber hinaus langlebige Konsumgüter – Fernseher, Waschmaschinen etc. – leisten. Elf Jahre später – 2012 – gaben 49 % der Befragten an, dass das Einkommen für Lebensmittel und Kleidung ausreichte, weitere 18 % vermuteten, dass es auch für langlebige Konsumgüter langte. Diese letzte Gruppe, deren Angehörige über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinaus auch größere Ausgaben tätigen können, ist, was den Lebensstandard angeht, in etwa mit Mittelschichten westlicher Industriegesellschaften zu vergleichen.

Zwischen 2001 und 2008 war eine fortgesetzte Verbesserung der materiellen Situation zu beobachten, viele Befragte erfuhren dies als sozialen Aufstieg. Diese Aufwärtsmobilität war ein wichtiges Moment, das das Putin-Regime stabilisierte und für das positive Image des Präsidenten verantwortlich war. Die Finanzkrise des Jahres 2008 wurde als Schock erfahren. Die Auswirkungen wurden statistisch 2009 sichtbar: viele Russen stiegen vorübergehend wieder ab, der Anteil derjenigen, deren Lebensstandard in etwa dem westlicher Mittelschichten entsprach, halbierte sich – er fiel übers Jahr von 17 % auf 9 %. Allerdings wurde dieser Rückschlag bald überwunden – der Wert stieg wieder auf 18 %.

Mit dem Erstarken der mittleren Einkommensgruppen ist eine Schicht entstanden, die nach Befriedigung der existentiellen Bedürfnisse nun bereit ist, sich auch mit moralischen, kulturellen oder politischen Fragen zu befassen. Diese Entwicklung bildet die Grundlage für das Auftreten von Kräften, die man der Bürger-

gesellschaft zurechnen kann und die nun auch Mitspracherechte einfordert. Alexej Kudrin, der ehemalige Finanzminister, der seit 2012 außerhalb des engeren Führungszirkels steht und einen regierungskritischen *think tank* leitet, formulierte dies in einem Spiegel-Interview folgendermaßen: »Einen wichtigen positiven Trend aber sehe ich: Eine neue, aktive Zivilgesellschaft ist entstanden.«

Indes ist der große soziale Gegensatz zwischen der kleinen Macht- und Geldelite auf der einen und der Masse der Bevölkerung auf der anderen Seite nicht überwunden. Immer noch verfügt nur eine winzige Minderheit über den Zugriff auf die politischen und ökonomischen Ressourcen. Selbst wenn man die Elitenvertreter aller Ebenen – von der föderalen Führung bis hinunter in die Regionen und Kommunen – einbezieht, macht diese Gruppe kaum mehr als ein Prozent der Bevölkerung aus. Demgegenüber stehen 2012 ca. 30 % Arme (mit Einkommen unter dem Existenzminimum oder nicht weit darüber) und weitere 50 %, die eine weitere Besserung ihrer Lage erwarten.

Wachstum, Medien und gesellschaftliche Stimmungen

Für die politische Führung schafft dies reale Probleme. Einerseits muss sie auf die sozialen Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung eingehen und ihnen materielle Zugeständnisse machen. Andererseits muss sie auch die sozial abgesicherten Schichten in einigen großen Städten, die nun erwarten, dass man ihnen politische Mitspracherechte einräumt, einbinden – oder sie politisch isolieren. Eine Voraussetzung für die Lösung dieser Aufgaben ist ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum, das es erlaubt, erhöhte Sozialleistungen zu finanzieren. Eine andere die Kontrolle über die wichtigsten Medien. In den ersten beiden Amtszeiten Putins war letzteres der Fall gewesen: Die Administration hatte den Zugriff auf die wichtigsten Fernsehsender und konnte mit ihrer Hilfe auf die politischen Haltungen der Bevölkerung einwirken. Seit einigen Jahren ist dem staatlich kontrollierten Fernsehen mit dem – bisher gänzlich unkontrollierten – Internet ein Konkurrenzmedium entstanden, das inzwischen von 30–40 % der Russen täglich genutzt wird. Die Führung hat also ihr Medienmonopol verloren und muss nach anderen Wegen suchen, um die öffentliche Meinung zu kontrollieren.

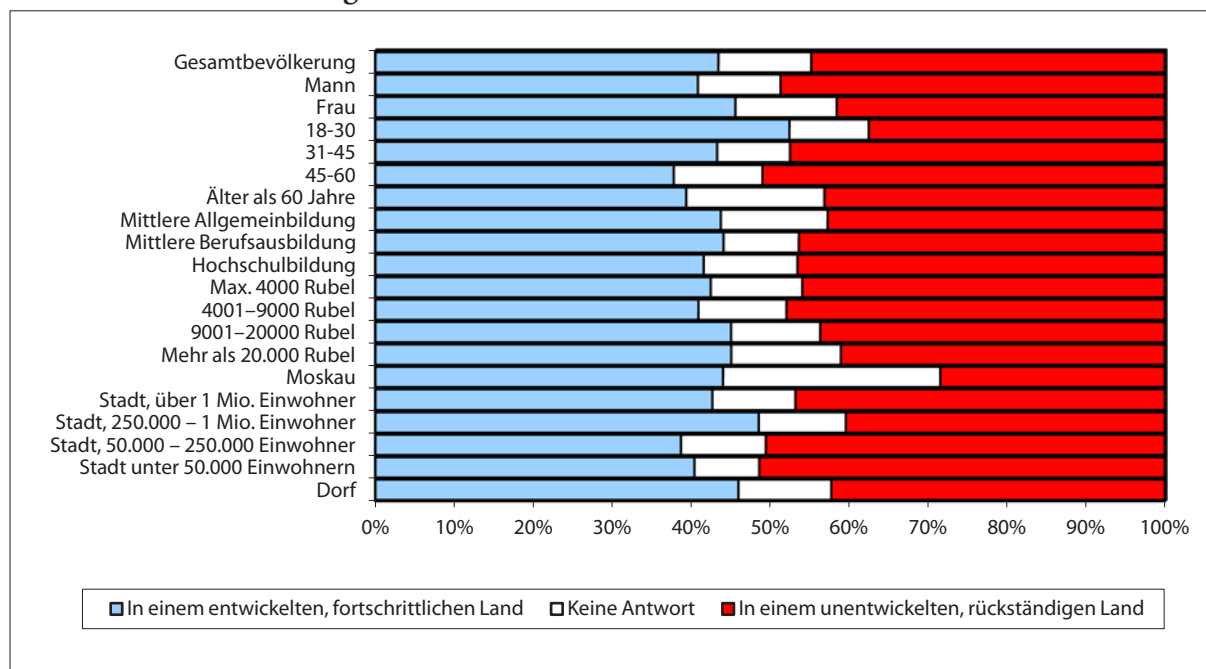
Über den Autor

Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin regionale Politikanalyse mit dem Schwerpunkt Osteuropa.

Russland 2012 und 2013 in Umfragen

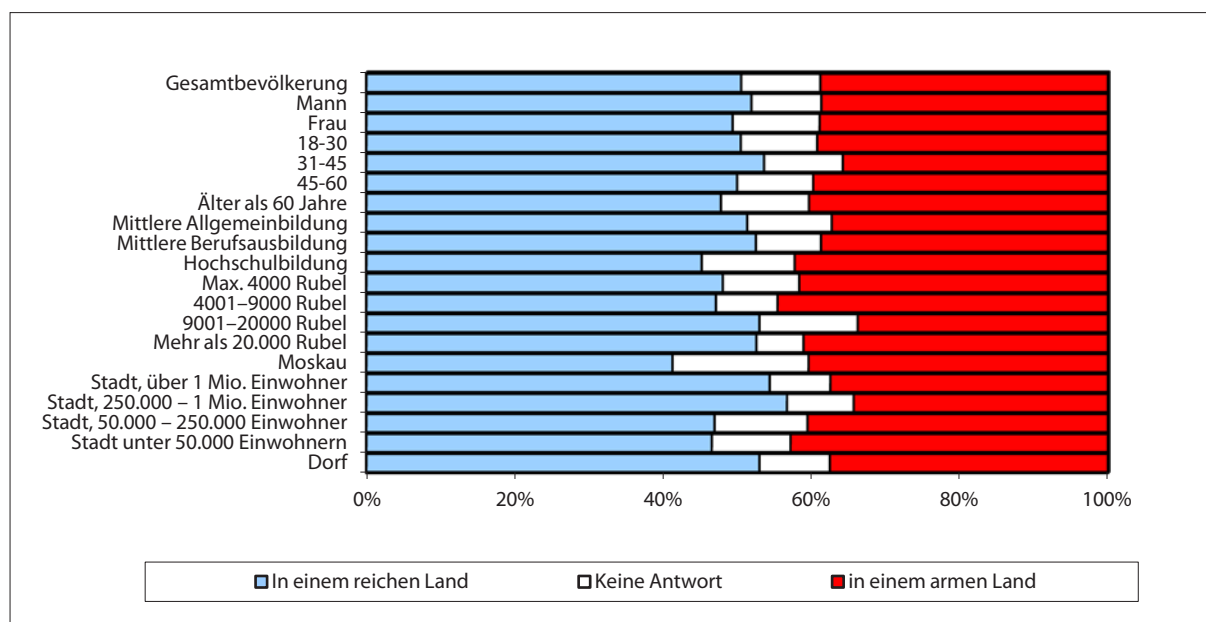
Das russische Selbstbild

Grafik 7: Leben wir in einem entwickelten, fortschrittlichen Land oder in einem unentwickelten, rückständigen?



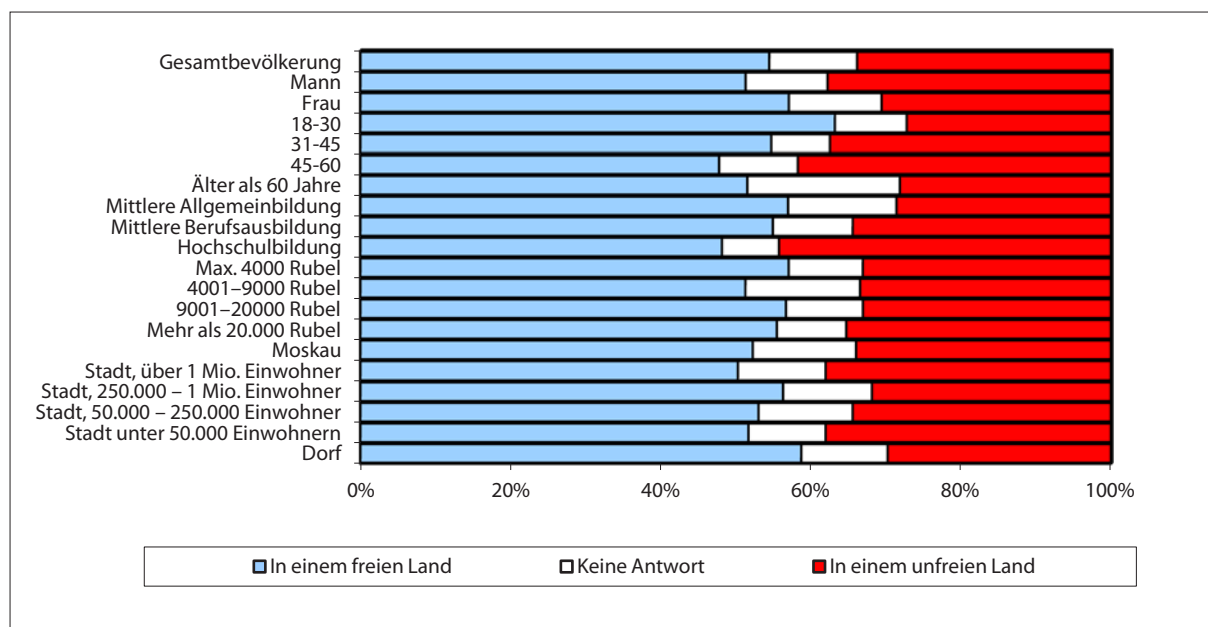
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom März 2012 <http://fom.ru/posts/download/10771>

Grafik 8: Leben wir in einem reichen oder einem armen Land?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom März 2012 <http://fom.ru/posts/download/10771>

Grafik 9: Leben wir in einem freien oder unfreien Land?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom März 2012 <http://fom.ru/posts/download/10771>

Die Hauptsorgen der russischen Bevölkerung

Tabelle 6: Welche der folgenden Probleme unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten, und halten Sie für die drängendsten?

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Das Wachstum der Preise	71 %	70 %	64 %	82 %	76 %	72 %	73 %	67 %
Armut, Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung	53 %	51 %	52 %	45 %	56 %	51 %	52 %	48 %
Korruption und Bestechung	24 %	25 %	27 %	27 %	28 %	33 %	27 %	35 %
Das Wachstum der Arbeitslosigkeit	39 %	34 %	30 %	25 %	51 %	38 %	41 %	33 %
Die Wirtschaftskrise, der schlechte Zustand von Industrie und Landwirtschaft	33 %	29 %	28 %	29 %	38 %	36 %	32 %	32 %
Die Krise von Moral, Kultur und Sittlichkeit	22 %	24 %	28 %	26 %	26 %	28 %	26 %	31 %
Der große Abstand zwischen Arm und Reich, die ungerechte Einkommensverteilung	27 %	30 %	32 %	35 %	30 %	29 %	27 %	29 %
Das Wachstum des Drogenkonsums	29 %	29 %	25 %	29 %	25 %	32 %	25 %	24 %
Die Unzugänglichkeit vieler Formen medizinischer Versorgung	29 %	31 %	32 %	31 %	27 %	26 %	24 %	24 %
Die Verschlechterung des Zustands der Umwelt	17 %	24 %	22 %	23 %	18 %	31 %	25 %	21 %
Die Verteuerung, Unzugänglichkeit von Bildung	27 %	28 %	26 %	26 %	16 %	20 %	18 %	20 %
Der Zufluss von Fremden, Migranten	7 %	10 %	9 %	12 %	11 %	11 %	12 %	16 %
Das Wachstum der Kriminalität	29 %	29 %	28 %	27 %	22 %	21 %	21 %	16 %
Die Willkür der Beamten	9 %	10 %	9 %	10 %	13 %	18 %	14 %	13 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 6: Welche der folgenden Probleme unserer Gesellschaft beunruhigen Sie am meisten, und halten Sie für die drängendsten? (Fortsetzung)

Die Schwäche der Staatsmacht	11 %	11 %	9 %	9 %	9 %	13 %	10 %	8 %
Die Grobheit und Rohheit der Polizei (Miliz)	6 %	8 %	9 %	9 %	12 %	12 %	7 %	7 %
Die Zunahme des Nationalismus, die Verschlechterung der interethnischen Beziehungen	4 %	10 %	7 %	5 %	5 %	6 %	9 %	7 %
Die Bedrohung durch Bomben und andere terroristische Akte am eigenen Wohnort	15 %	10 %	6 %	4 %	5 %	10 %	12 %	6 %
Die Unmöglichkeit, vor Gericht Gerechtigkeit zu erlangen	5 %	6 %	8 %	7 %	7 %	9 %	6 %	5 %
Die Beschränkung der Bürgerrechte, der demokratischen Freiheiten	2 %	2 %	1 %	2 %	3 %	4 %	4 %	4 %
Die Rückstände bei der Auszahlung von Löhnen, Renten usw.	4 %	5 %	3 %	4 %	6 %	5 %	6 %	4 %
Die Zunahme von AIDS	6 %	5 %	8 %	7 %	6 %	6 %	3 %	3 %
Terrorakte im Nordkaukasus	7 %	4 %	4 %	2 %	9 %	8 %	7 %	3 %
Die Konflikte zwischen den verschiedenen Fraktionen der »Macht« auf allen Ebenen	3 %	2 %	2 %	2 %	4 %	3 %	3 %	2 %
Andere	1 %	1 %	2 %	3 %	2 %	2 %	2 %	2 %
Keine Antwort	1 %	1 %	3 %	1 %	1 %	1 %	3 %	2 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom August 2012 <http://www.levada.ru/print/22-08-2012/rost-tsen-i-bednost-glavnye-trevogi-rossiyan>

Tabelle 7: Welche der aufgeführten Probleme halten Sie am drängendsten für Russland als Ganzes? (geschlossene Frage, maximal sieben Antwortmöglichkeiten)

	Jun 2012	Aug 2012	Sep 2012	Okt 2012	Nov 2012	Dez 2012
Die Situation im Bereich der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	53 %	56 %	55 %	57 %	55 %	58 %
Niedriges Lebensniveau der Bevölkerung	49 %	48 %	47 %	51 %	52 %	51 %
Inflation, Preisanstieg auf Produkte und Dienstleistungen	50 %	52 %	50 %	48 %	48 %	51 %
Korruption und Bürokratismus	42 %	47 %	48 %	44 %	50 %	50 %
Alkoholismus und Drogenmissbrauch	50 %	48 %	48 %	50 %	51 %	43 %
Die Situation in der Gesundheitsfürsorge	37 %	41 %	41 %	41 %	43 %	43 %
Alterssicherung	34 %	33 %	36 %	37 %	37 %	37 %
Arbeitslosigkeit	40 %	38 %	36 %	39 %	35 %	36 %
Die Situation der Jugend	35 %	35 %	30 %	30 %	31 %	32 %
Der Zustand von Moral und Sittlichkeit	26 %	26 %	26 %	25 %	26 %	27 %
Die Situation im Bildungsbereich	25 %	24 %	23 %	24 %	26 %	26 %
Kriminalität	29 %	28 %	30 %	29 %	31 %	26 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

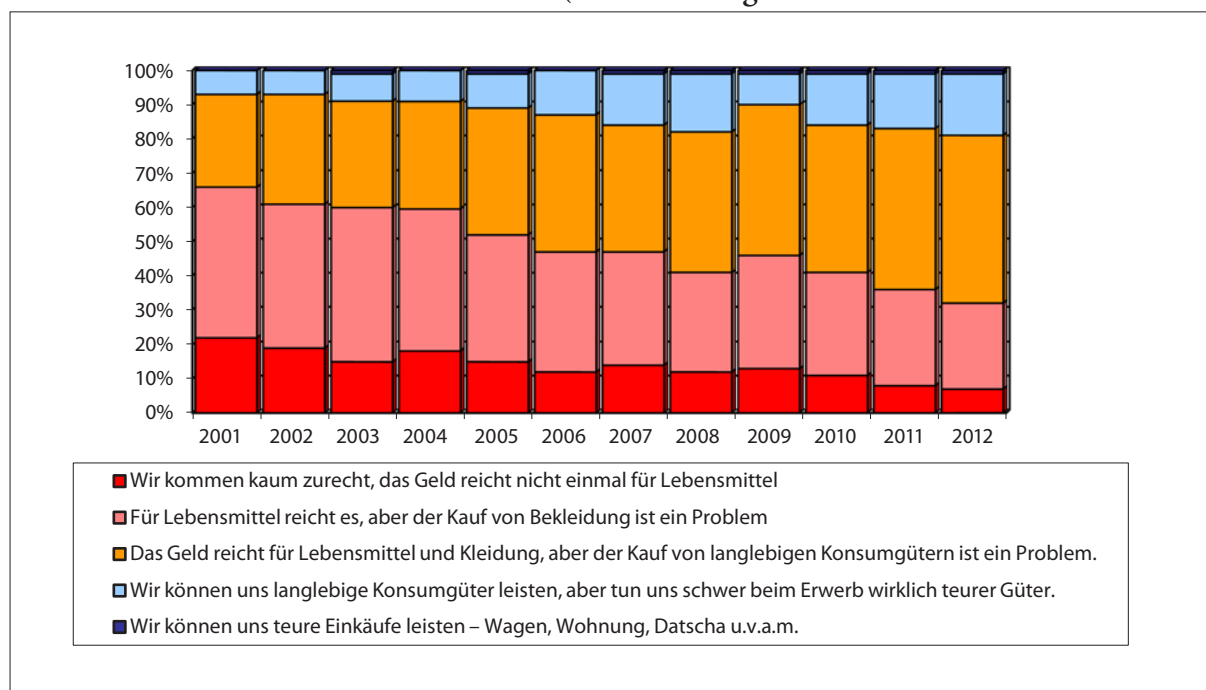
Tabelle 7: Welche der aufgeführten Probleme halten Sie am drängendsten für Russland als Ganzes? (geschlossene Frage, maximal sieben Antwortmöglichkeiten) (Fortsetzung)

Der Zustand der Wirtschaft (Wirtschaftskrise)	18 %	20 %	19 %	16 %	16 %	23 %
Einfluss der Oligarchen auf das wirtschaftliche und politische Leben im Land	21 %	18 %	21 %	22 %	19 %	21 %
Ökologie und der Zustand der Umwelt	25 %	22 %	20 %	20 %	18 %	19 %
Der Zustand der Armee	15 %	12 %	14 %	11 %	16 %	15 %
Terrorismus	16 %	15 %	15 %	15 %	12 %	14 %
Demokratie und Menschenrechte	14 %	9 %	11 %	10 %	8 %	14 %
Die demographische Situation (Geburtenrate, Sterblichkeit)	16 %	17 %	16 %	14 %	11 %	13 %
Ausstehende Lohnzahlungen	12 %	9 %	9 %	7 %	9 %	11 %
Keine Antwort	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	0 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 22.–23. Dezember 2012, N = 1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113509>

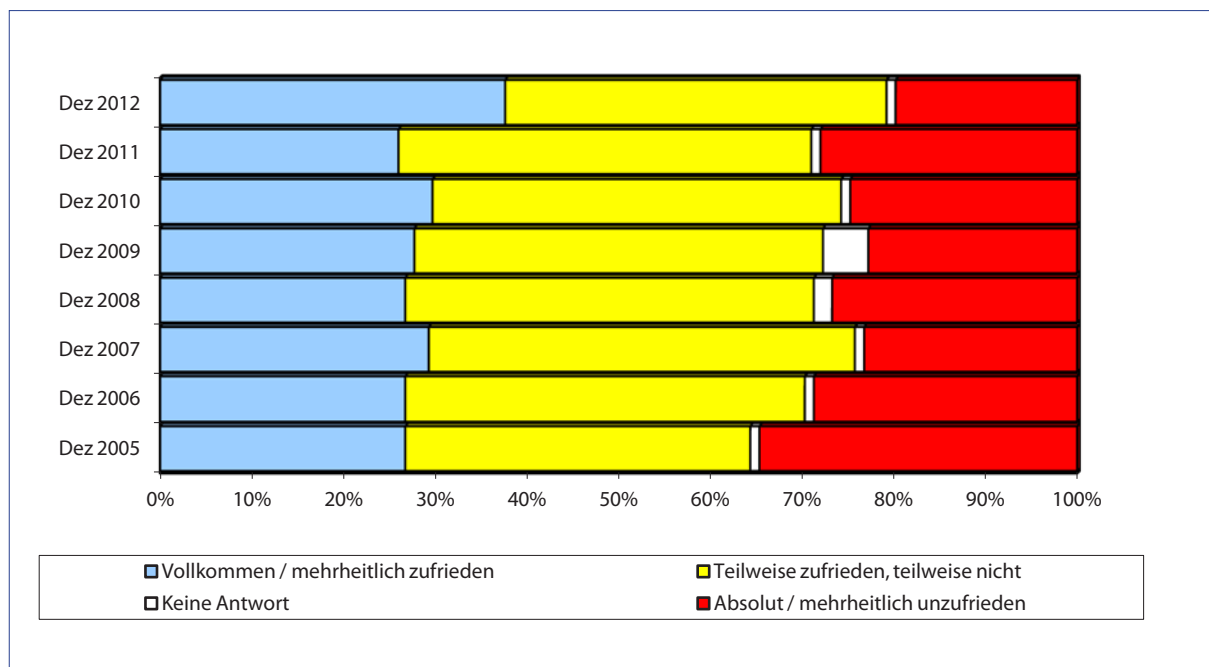
Soziale Differenzierung

Grafik 10: Soziale Unterschiede in Russland (nach Erhebungen des Lewada-Zentrums 2001–2012)



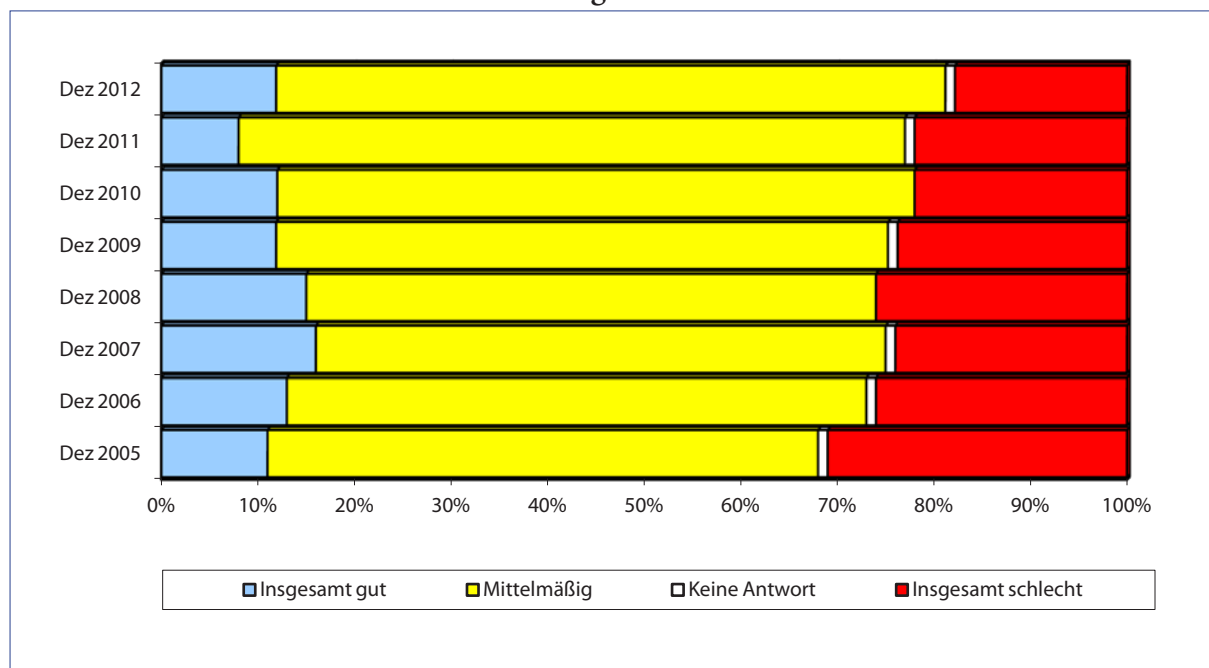
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <<http://www.levada.ru/press/2009111801.html>; <http://www.levada.ru/press/2010090201.html>; <http://www.levada.ru/press/2011020409.html>; <http://www.levada.ru/press/2011071405.html>; <http://www.levada.ru/14-11-2011/kak-rossiyane-prisposablivayutsya>; <http://www.levada.ru/print/03-07-2012/rossiyane-o-svoei-zhizni-i-materialnom-polozhenii>.

Grafik 11: In welchem Maße sind Sie mit ihrem aktuellen Leben zufrieden?



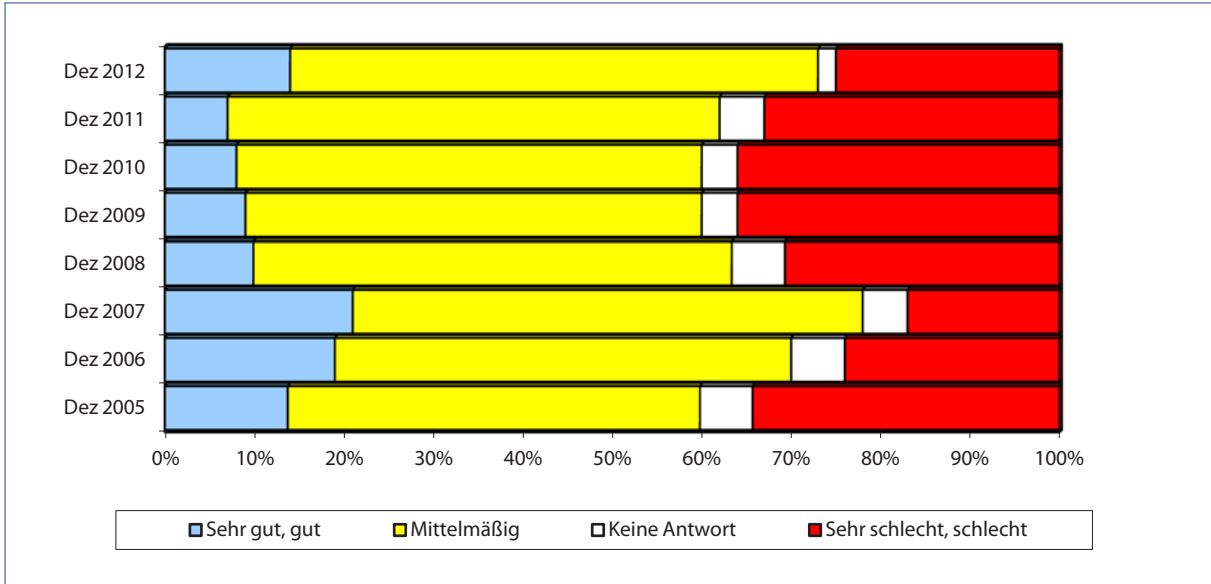
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 22.–23. Dezember 2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113517>

Grafik 12: Wie bewerten Sie die materielle Lage Ihrer Familie?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 22.–23. Dezember 2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113517>

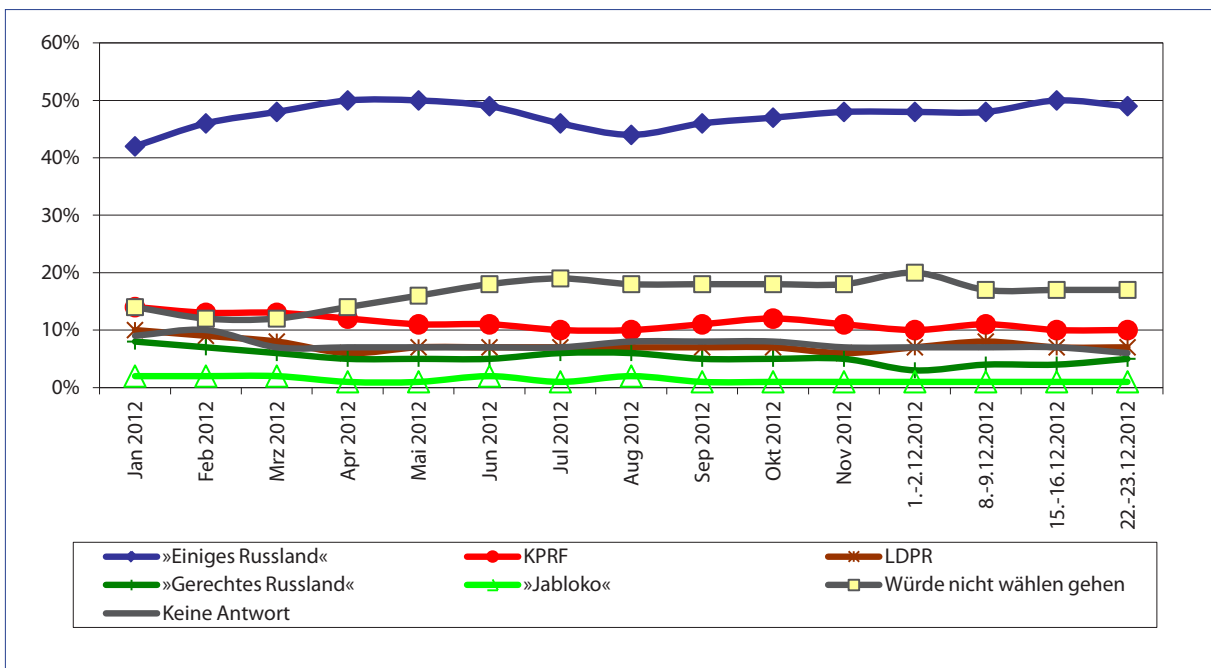
Grafik 13: Wie würden Sie die wirtschaftliche Lage in Russland insgesamt bewerten?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 22.–23. Dezember 2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113517>

Politiker und Parteien im Rückblick auf das Jahr 2012

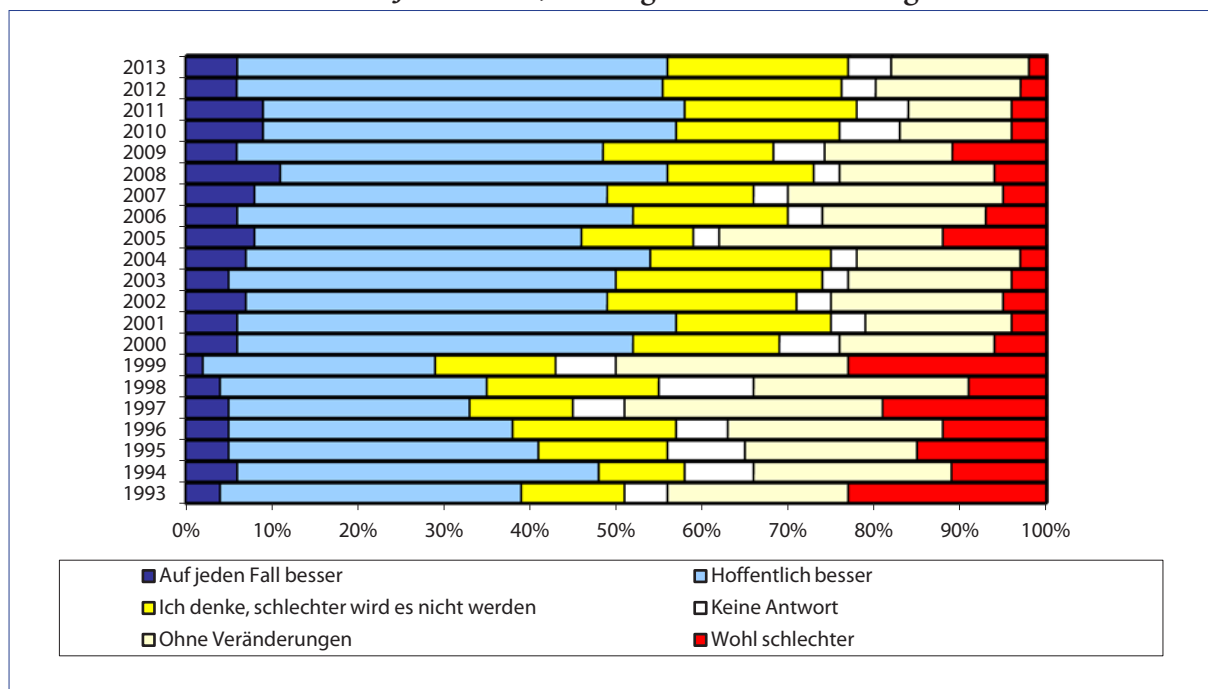
Grafik 14: Welche der folgenden Parteien würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Dumawahlen wären?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 22.–23. Dezember 2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113507>

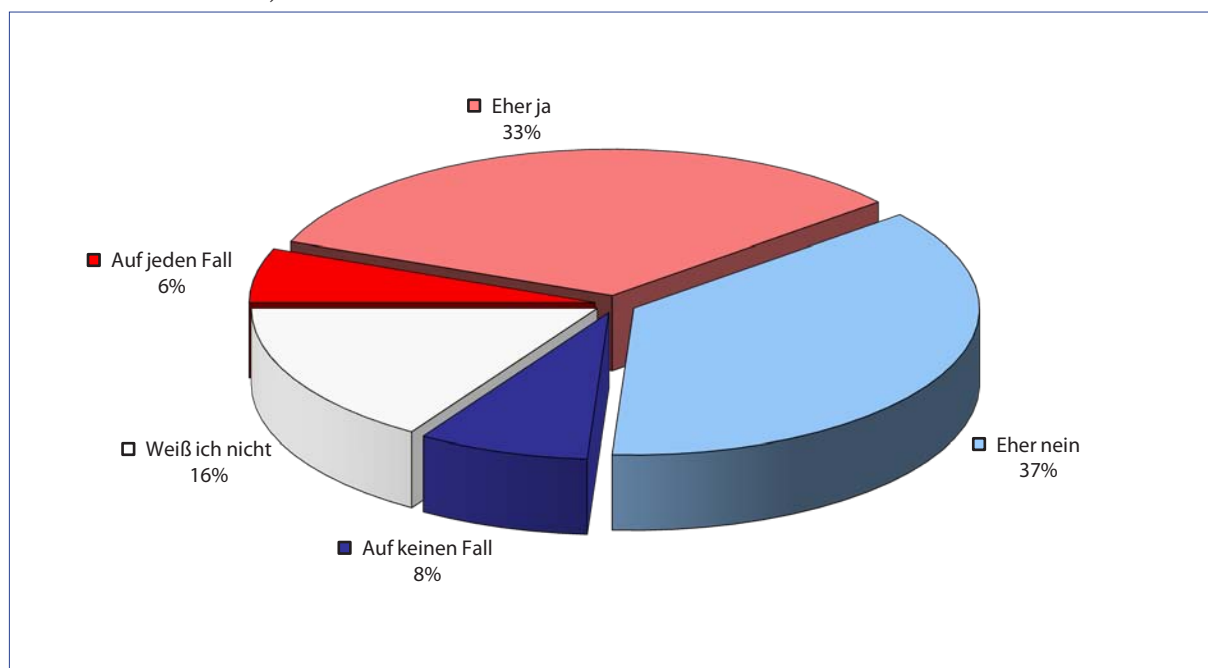
Erwartungen an das Jahr 2013

Grafik 15: Wie wird das neue Jahr für Sie, im Vergleich zum zurückliegenden?



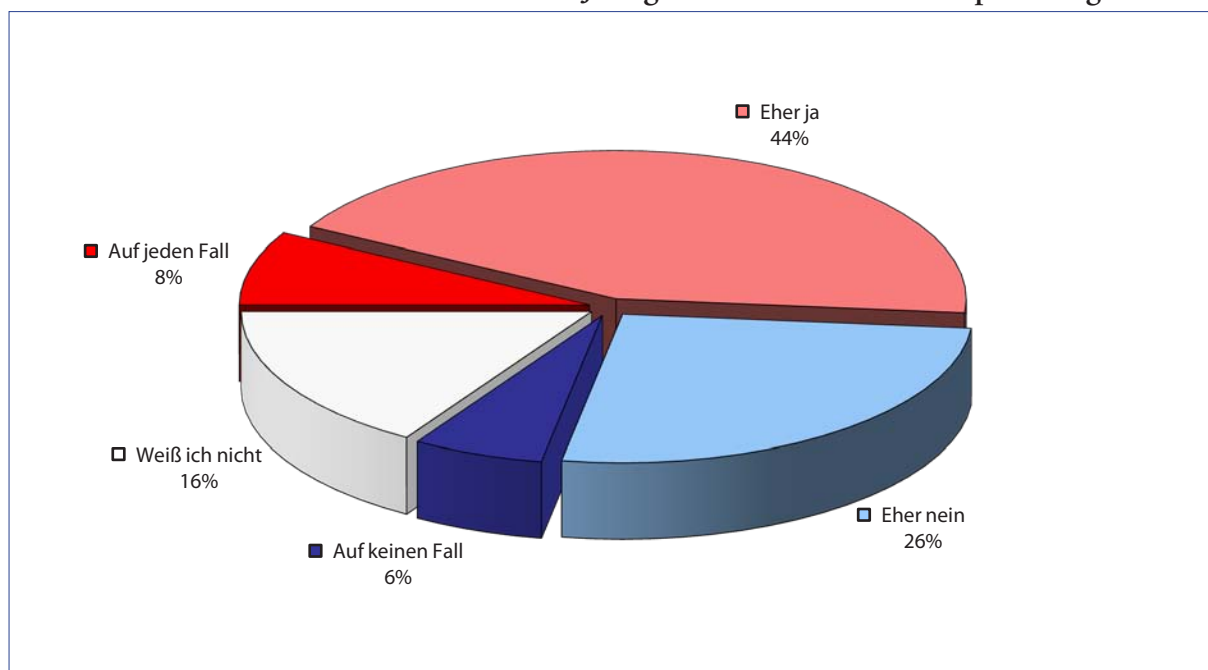
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012, <http://www.levada.ru/print/09-01-2013/chego-rossiyane-ozhidayut-ot-2013-goda>

Grafik 16: Ist in Russland im kommenden Jahr eine Wirtschaftskrise möglich (ähnlich derer von 2008)?



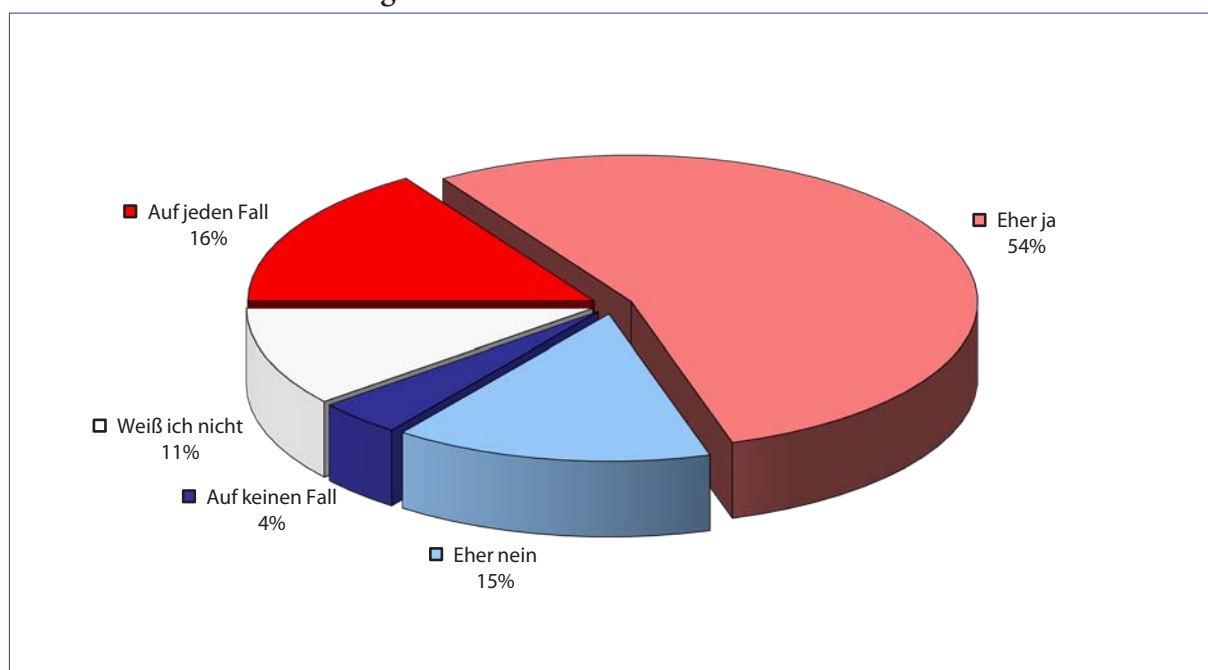
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012, <http://www.levada.ru/print/09-01-2013/chego-rossiyane-ozhidayut-ot-2013-goda>

Grafik 17: Sind in Russland im kommenden Jahr große technische Katastrophen möglich?



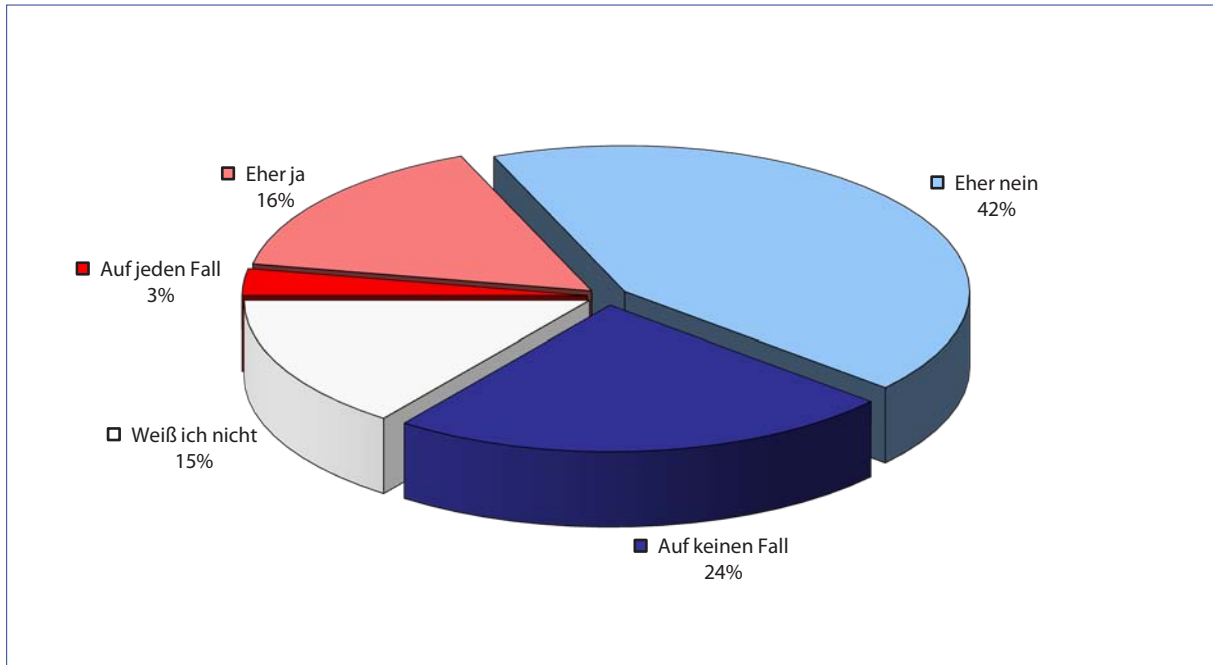
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012,
<http://www.levada.ru/print/09-01-2013/chego-rossiyane-ozhidayut-ot-2013-goda>

Grafik 18: Sind in Russland im kommenden Jahr große Korruptionsskandale und Rücktritte von Ministern möglich?



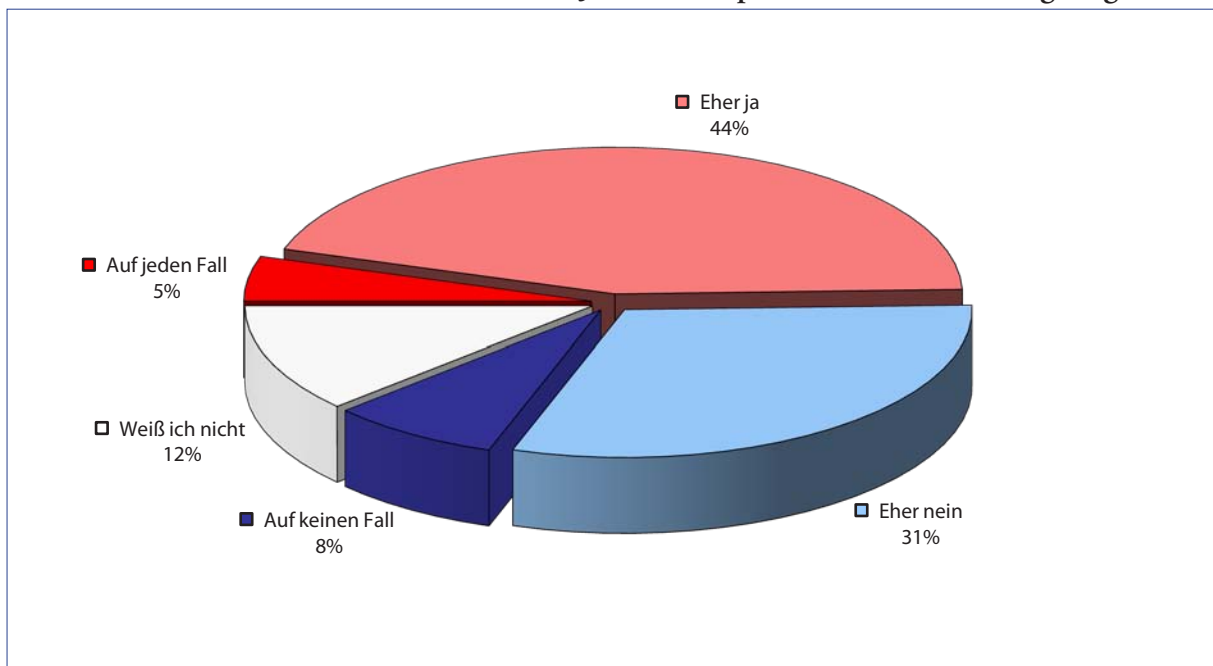
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012,
<http://www.levada.ru/print/09-01-2013/chego-rossiyane-ozhidayut-ot-2013-goda>

Grafik 19: Ist in Russland im kommenden Jahr ein staatlicher Umsturz möglich?



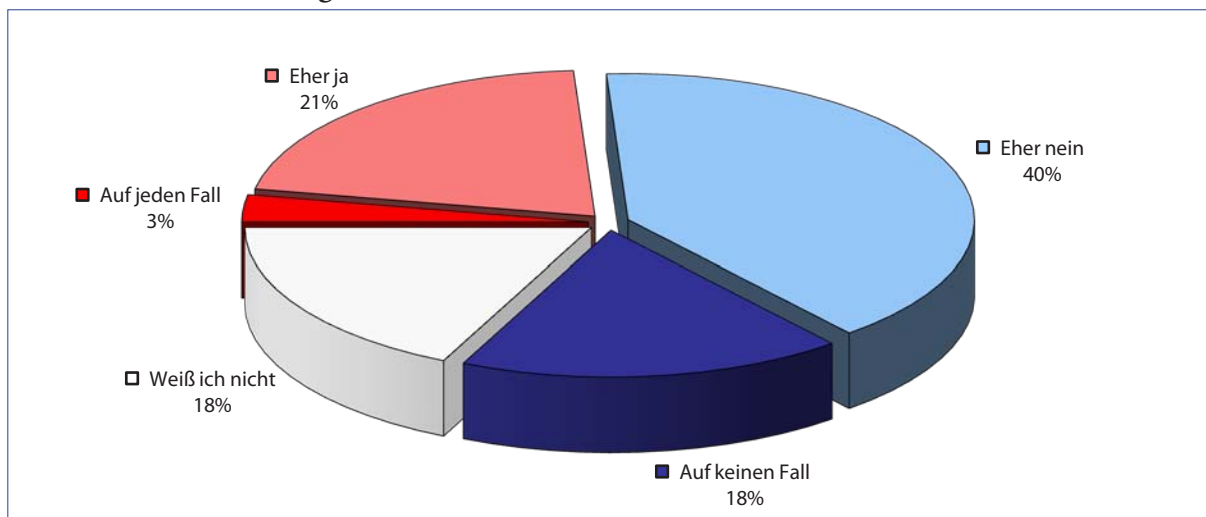
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012,
<http://www.levada.ru/print/09-01-2013/chego-rossiyane-ozhidayut-ot-2013-goda>

Grafik 20: Sind in Russland im kommenden Jahr Massenproteste der Bevölkerung möglich?

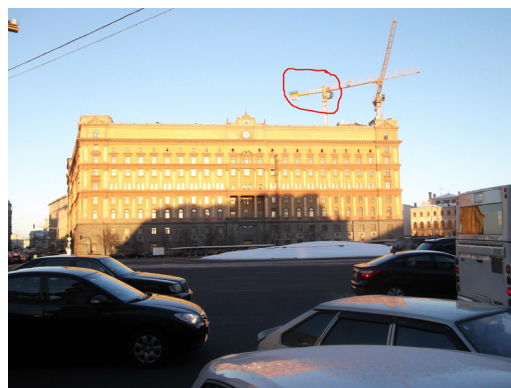


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012,
<http://www.levada.ru/print/09-01-2013/chego-rossiyane-ozhidayut-ot-2013-goda>

Grafik 21: Sind in Russland im kommenden Jahr militärische Konflikte mit einem der Nachbarländer möglich?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–17. Dezember 2012,
<http://www.levada.ru/print/09-01-2013/chego-rossiyane-ozhidayut-ot-2013-goda>



Bilder der nicht genehmigten Demonstration, die am 15. Dezember 2012 auf dem Ljubjanka-Platz stattfand, an dem das Hauptquartier des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB im gleichnamigen Gebäude liegt. Auf oder hinter dem Gebäude ist ein Kran mit der russischen Aufschrift »Vertikal« (Vertikale) zu sehen, was als ironische Anspielung auf die Machtvertikale verstanden werden kann.

Fotos: Christopher Laug

Sergej Magnitskij, Dima Jakowlew und der Aufstand der Anständigen

Jens Siegert, Moskau

Die traditionellen Neujahrsferien in Russland waren dieses Jahr unruhig. Auslöser dieser Unruhe (wenn auch nur zum Teil Grund) war ein Gesetz, das die Staatsduma in aller Eile kurz vor Neujahr verabschiedete und von Präsident Putin am 28. Dezember unterzeichnet wurde: das sogenannte Dima Jakowlew-Gesetz. Dieses Gesetz war die direkte Antwort auf die sogenannte Magnitskij-Liste der USA. Diese beiden Namen müssen kurz erklärt werden.

Sergej Magnitskij war ein junger russischer Wirtschaftsprüfer, der entdeckt hatte, dass ein Kartell aus Beamten den russischen Staat auf Kosten einer von ihm zu prüfenden Firma um mehrere Hundert Millionen US-Dollar betrog. Er zeigte den Betrug an, landete selbst in Untersuchungshaft und starb dort, wie eine Untersuchung des präsidentialen Rats für Zivilgesellschaft und Menschenrechte zeigte, Ende 2009, weil man ihm notwendige medizinische Hilfe systematisch verweigert, vielleicht sogar noch nachgeholfen hatte. Alle staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen endeten ergebnislos, was bei kräftiger staatsanwaltschaftlicher, polizeilicher und gerichtlicher Verwicklung in den Fall kein Wunder war. Bis heute ist niemand für den Tod von Sergej Magnitskij zur Verantwortung gezogen worden. Mehr noch: Posthum wurde ein Verfahren gegen Magnitskij eröffnet, mit dem Ziel, ihn eben wegen des Betrugs zu verurteilen, den er aufgedeckt und angezeigt hatte.

Dank äußerst reger Lobbyarbeit, vor allem von Magnitskij's Auftraggeber Bill Browder, beschloss der US-Kongress ein Gesetz. Künftig, solange der Fall Magnitskij in Russland nicht ordentlich untersucht und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden, wird den in den Fall verwickelten russischen Beamten und Politikern die Einreise in die USA verweigert. Zwar gibt es die zugehörigen Liste noch nicht und wahrscheinlich werden auf ihr nur dritt- und viertrangige Namen stehen, aber das politische russische Establishment (sprich: der Kreml und sein Hausherr) nahm die Magnitskij-Liste übel. Schnell wurden Stimmen laut, man müsse darauf hart und (Lieblingsswort!) »asymmetrisch« reagieren. Die Asymmetrie liegt nun im Dima Jakowlew-Gesetz verborgen.

Dima Jakowlew war ein russisches Waisenkind, das von einer US-Familie adoptiert worden war, wie rund 60.000 andere Waisen seit dem Ende der Sowjetunion. Sein amerikanischer Adoptivvater vergaß den knapp Zweijährigen im Juli 2008 an einem heißen Tag auf der Fahrt zur Arbeit in seinem Kindersitz im Auto. Als er zurückkam, war das Kind tot. Im darauf folgen-

den Strafprozess verzichtete der Richter nach mehreren Monaten Untersuchungshaft auf eine Haftstrafe mit Hinweis auf das ohnehin zerstörte Leben des Adoptivvaters. Dieses Urteil löste in Russland seinerzeit bereits eine mit Antiamerikanismen gespickte Welle der Empörung aus. Schon damals wurden (oft mit nationalistischen Tönen unterlegte) Rufe laut, die Praxis der Adoption ins Ausland zu beenden. Offenbar dachte man im Kreml, den Strom dieser Empörung nun auf die eigenen Mühlen zu leiten. Das ist gründlich misslungen.

Die Empörung kam aus der anderen Richtung. Nicht die angebliche und notorische Russenfeindlichkeit der Amerikaner, die nun auch noch russische Kinder strafflos töten dürfen, wurde trotz äußerster propagandistischer Anstrengungen zum Skandalon, sondern das Benutzen russischer Waisenkinder als außenpolitische Waffe. So groß war die Verwunderung, dass sich anfangs kaum jemand vorstellen mochte, Putin werde das Gesetz, so es das Parlament verabschieden würde, auch wirklich unterzeichnen. Die Ablehnung ging bis in die Regierung. Drei Minister, darunter der ansonsten innenpolitisch äußerst zurückhaltende Außenminister Sergej Lawrow, wandten sich öffentlich gegen das Gesetz. Ein bis dahin einmaliger Vorgang. Wjatscheslaw Nikonow, Dumaabgeordneter und Leiter der Stiftung »Russkij Mir« (»Russische Welt«), ansonsten einer der ersten, heftigsten und zynischsten Verteidiger des Russentums gegen den verderbten Westen, zeigte sich noch Mitte Dezember im Fernsehen überzeugt, dass so etwas Unsinn sei. Niemand mit einigermaßen Verstand würde »sowas« machen, kanzelte er den Moderator mit typisch süffisant-überlegenem Lächeln ab. Im Parlament stimmte dann auch Nikonow für das Gesetz und die Minister schwiegen. Auch der bekannte Priester-Publizist Andrej Kurajew, keineswegs ein Liberaler, kritisierte das Gesetz.

Für die Opposition hat der Protest gegen das »Schurken-Gesetz«, wie es schnell getauft wurde, eine doppelte Wirkung. Es konsolidiert und spaltet. Es konsolidiert das »anständige« Russland, den tragenden Teil der Vorjahresproteste, die sogenannte »Creative Class«, eine liberale Mittelschicht. Gleichzeitig zieht es einen ersten klaren Strich zwischen dieser Mehrheit innerhalb der Opposition (die auch im vorigen September per Internetabstimmung gewählten Koordinationsrat der Opposition abgebildet ist) und einer kommunistischen und nationalistischen Minderheit. Am »Marsch gegen die Schurken« am 13. Januar vom Puschkin-Platz zum Sacharow-Prospekt nahmen fast nur VertreterInnen

des liberalen Oppositionsflügels teil. Die bisher immer stark vertretenen Nationalisten blieben ganz weg. Kommunisten kamen wenig. Eduard Limonow, Gründer und Führer der Nationalbolschewisten, die in den fast demonstrationsfreien Jahren bis Ende 2011 das Gros des Fußvolks gebildet hatten, unterstützte, gegen den »US-Imperialismus« wetternd, gar das Gesetz.

Zugleich zeigte die Mobilisierung das anhaltend große Potential der Protestbewegung, die ja im der zweiten Jahreshälfte 2012 immer wieder für tot erklärt worden war. Zum »Marsch gegen die Schurken« kamen zwischen 20.000 und 30.000 Menschen. Wichtiger aber vielleicht waren die jeweils mehr als 100.000 Unterschriften unter zwei Kampagnen der Nowaja Gaseta, erst im Dezember gegen das Gesetz selbst und nun (die Sammlung läuft noch, Stand 21.1.2013, 13.15 Uhr: 127470 Unterschriften) für eine Parlamentsauflösung und Neuwahlen.

Offenbar hat man im Kreml recht bald gespürt, dass das Dima Jakowlew-Gesetz in der Bevölkerung nicht gut ankommt. Jedenfalls wurden die Regionalparlamente aufgefordert, das Gesetz, mit dem sie formal nichts zu tun haben, durch Resolutionen zu unterstützen. Einige taten das auch. Im Parlament des Gebietes Pskow jedoch kam die erforderliche Stimmenzahl dank Lew Schlosberg nicht zusammen. Der langjährige Jabloko-Abgeordnete rief in einer wohlargumentierten Rede, in der er unter anderem auf die katastrophale Lage vieler Waisen in Russland hinwies, dazu auf, die Resolution, eingebracht vom Parlamentsvorsitzenden, nicht anzunehmen. Schlosberg ist die Spannung anzumerken, aber seine Intervention zeigt, dass ein wenig Anstand und Mut immer noch etwas ausrichten kann in Russland heute.

Das Dima Jakowlew-Gesetz und die Reaktionen darauf machen aber auch eine grundsätzliche Veränderung des Charakters des Regimes deutlich. Es gibt nichts mehr zu verhandeln. Putin setzt auf eine angenommene antiwestliche, antiliberalen Mehrheit. Bis zum Vorjahr war es nach repressiven Gesetzen immer so, dass zwischen Kreml und liberaler Opposition ein neuer Modus Vivendi ausgehandelt wurde. Bei vielen der jüngst beschlossenen Maßnahmen gibt es, im Wortsinn, nichts mehr zu verhandeln. Das ist in vielem eine moralische und weniger eine politische Frage. Der Kreml rea-

giert auf die Rückkehr der Politik durch die Massendemonstrationen, indem er sie durch Moral (oder, aus der Sicht der Opposition: Unmoral) ersetzt. Dadurch aber drängt er die Opposition so in die Enge, dass Kompromisse nicht mehr möglich sind.

Das war schon beim NGO-Agentengesetz so. Memorial, nur als Beispiel, kann sich nicht zum »Agenten« erklären lassen, weil genau das die stalinistische und poststalinistische Methode war, mit der der Sowjetstaat seine (angeblichen) Feinde zu diskreditieren und erniedrigen suchte. Da die Aufarbeitung dieser Methode und die Rehabilitierung ihrer Opfer Kern des Selbstverständnisses von Memorial ist, ist kein Zurückweichen möglich. Ähnliches gilt jetzt für das Dima Jakowlew-Gesetz: Wo mit Kindern auf derart unanständige Weise Politik gemacht wird, sind Kompromisse fehl am Platz.

Hinzu kommen Gesetze ohne Sinn, wie das neuformulierte Spionagegesetz oder, eigentlich eine gute Sache, das neue Datenschutzgesetz. Es ist schlechte russische Tradition Gesetze so zu formulieren, dass sie von der Verwaltung vielfältig auslegbar sind. Doch für diese beiden Gesetze gilt nicht nur das. Sie sind zudem so gestaltet, dass sie einzuhalten unmöglich ist. Der russische Staat treibt so die Methode, seine BürgerInnen ihm gegenüber grundsätzlich für »schuldig« zu halten, auf die Spitze. Nach dem Spionagegesetz steht praktisch jeder Kontakt mit dem Ausland in Gefahr, als Vaterlandsverrat gewertet zu werden. Das steht völlig im Belieben der Exekutive. Das Datenschutzgesetz stellt so hohe Schutzhürden auf, dass schon die Aufbewahrung allgemeiner Personendaten wie Name, Geburtsdatum und Adresse in einem Computer ohne vom Geheimdienst zertifiziertes Schutzprogramm (das teuer zu erwerben ist) strafbar ist.

Der Staat hat den Teil des »Gesellschaftsvertrag« der 2000er Jahre, nach dem er sich in das Privatleben der Menschen nicht einmischte, einseitig aufgekündigt. Die BürgerInnen unterhöheln derweil das Politikverbot. Wenn die wirtschaftlichen Prognosen fast aller Experten nicht trügen, wird der Staat bald auch mit seinem Wohlstandsversprechen Probleme bekommen. Unruhige Zeiten.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Vom 1. bis zum 24. Januar 2013

01.01.2013	In Russland wird ab dem 1. Januar 2013 der Verkauf sämtlicher alkoholischer Produkte nach 23 Uhr untersagt. Zudem wird für Läden mit einer Verkaufsfläche von weniger als 50 Quadratmeter jeglicher Alkoholverkauf verboten, was vor allem Kioske betrifft.
06.01.2013	Der französische Schauspieler Gerard Depardieu wird in Sotschi von Präsident Wladimir Putin empfangen, der ihm die russische Staatsbürgerschaft verleiht. Depardieu wechselt seine Staatsbürgerschaft, da die französische Regierung plant, eine Reichensteuer von 75 % einzuführen. Nach seiner Ankunft in der Republik Mordowien bietet ihm Wladimir Wolkow, Republikoberhaupt, das Amt des Kulturministers an. Depardieu lehnt ab.
06.01.2013	Sicherheitskräfte töten im Rayon Baksansk (Kabardino Balkarien) drei mutmaßliche Untergrundkämpfer. Nach offizieller Auskunft hatten diese Terroranschläge während der Weihnachtsgottesdienste geplant.
07.01.2013	In Moskau tritt das Gesetz zur Zuweisung sogenannter »Hyde-Parks« in Kraft. In Moskau darf nun im Gorkij Park und im Park »Sokolniki« ohne besondere Genehmigung demonstriert werden. Gleichzeitig tritt eine Bestimmung in Kraft, nach der auch Mahnwachen von Einzelpersonen der Genehmigung bedürfen.
07.01.2013	Präsident Wladimir Putin gratuliert allen orthodoxen Christen und allen russischen Staatsbürgern zum orthodoxen Weihnachtsfest. Ministerpräsident Dmitrij Medwedew übermittelte seine Glückwünsche bereits am Vortag via Twitter.
07.01.2013	Bei einem Brand in einer Besserungskolonie im Gebiet Wologda kommen drei Häftlinge ums Leben.
09.01.2013	Das Justizministerium lässt die Partei »Rodina« (Heimat) wieder zu und setzt die Registrierung wieder in Kraft. Parteivorsitzender ist Aleksej Shurawlew, Dumaabgeordneter von »Einiges Russland«.
09.01.2013	Generalleutnant Jurij Sadowenko wird zum Stellvertretenden Verteidigungsminister und Leiter des Apparats des Verteidigungsministeriums bestellt.
09.01.2013	Die russische Zeitung »Nowaja Gaseta« sammelt über 100.000 Unterschriften für eine vorzeitige Auflösung der Staatsduma. Zuvor reichte die Zeitung schon mehr als 100.000 Unterschriften gegen das »Dima Jakowlew-Gesetz« ein.
10.01.2013	Präsident Wladimir Putin besucht den Marinestützpunkt der Nordflotte in Seweromorsk. Er verleiht dem schweren atomaren Raketenkreuzer »Peter der Große« den Nachimow-Orden. Bei einer Videokonferenz mit Verteidigungsminister Sergej Schojgu verspricht Putin, der Kriegsflotte bis 2020 4 Billion Rubel (ca. € 97 Mrd.) für den Kauf neuer Schiffe zur Verfügung zu stellen.
10.01.2013	Mark Fejgin, Anwalt Leonid Raswosshajew im Strafverfahren wegen der Zusammenstöße am 6. Mai, wird nach Angaben des Sprechers des Strafverfolgungskomitees, vom Verfahren ausgeschlossen.
11.01.2013	Pawel Krupnow, Stellvertretender Regierungschef im Gebiet Wolgograd, wird wegen der Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 17 Million Rubel (ca. € 412 Tsd.) festgenommen.
11.01.2013	Präsident Wladimir Putin besucht die im Juli 2012 von einem Hochwasser heimgesuchte Stadt Krymsk im Bezirk Krasnodar. Er macht sich ein Bild von dem neuen Wohngebiet »Hoffnung« und verspricht, dass alle noch bestehenden Probleme gelöst würden.
13.01.2013	Jurij Schmidt, ein angesehener Anwalt, der u. a. Michail Chodorkowskij verteidigt hat, stirbt im Alter von 76 Jahren in St. Petersburg.
13.01.2013	Im Moskauer Stadtzentrum findet ein »Marsch gegen die Schurken« statt. Die Demonstranten fordern die Auflösung der Staatsduma und die Aufhebung des »Dima Jakowlew-Gesetzes«. Die Polizei spricht von 9.000 Teilnehmern, Oppositionsvertreter von 24.000. Auch in St. Petersburg wird demonstriert.
14.01.2013	In einer Sitzung des Verfassungskomitees der Staatsduma wird die Petition von mehr als 100.000 Bürgern gegen das »Dima Jakowlew-Gesetz« erörtert. Der Ausschussvorsitzende Wladimir Pligin sieht jedoch keine Möglichkeit, um die Petition als Gesetzesinitiative zu behandeln. Zwar bestimme das Gesetz, das jede Petition mit 100.000 Unterschriften in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werden müsse, doch fehlten Ausführungsbestimmungen für das Gesetz.
15.01.2013	Präsident Wladimir Putin weist dem Leiter der Föderalen Migrationsbehörde per Erlass den Rang eines Föderalen Ministers zu.
15.01.2013	Präsident Wladimir Putin gründet per Erlass eine Staatskommission zur Vorbereitung und Durchführung der 22. Olympischen Winterspiele sowie der 11. Paralympischen Winterspiele 2014 in Sotschi. Zum Kommissions-Vorsitzenden wird der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Kosak bestimmt.
15.01.2013	Als Kuratoriumsvorsitzender der Russischen Geografischen Gesellschaft (RGO) eröffnet Präsident Putin, gemeinsam mit dem Präsidenten der RGO, Verteidigungsminister Sergej Schojgu den neuen Hauptsitz im Moskauer Stadtzentrum.
15.01.2013	In Machatschkala töten Unbekannte Magomed Magomedow, Richter am Obersten Gericht von Dagestan.
16.01.2013	Im Moskauer Stadtzentrum wird der bekannte Bandenchef Aslan Usojan, Spitzname »Väterchen Chasan«, von einem Unbekannten erschossen.
16.01.2013	Ein Gericht im Bezirk Perm lehnt den Antrag von Maria Aljochina, zu zwei Jahren Haft verurteilte Aktivistin von »Pussy Riot« ab, die Haft auszusetzen, bis ihr minderjähriger Sohnes das 14. Lebensjahr erreicht hat.

16.01.2013	Sicherheitskräfte töten bei einer Spezialoperation in Tyrnyaus (Kabardino-Balkarien) zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer sowie eine Frau, die sie unterstützte.
17.01.2013	Adam Osmajew, am 4. Februar 2012 wegen Vorbereitung eines Attentates auf Präsident Wladimir Putin in Odessa (Ukraine) festgenommen, zieht sein Geständnis zurück. Dieses sei unter Anwendung von Folter erzwungen worden.
18.01.2013	Die Moskauer Stadtverwaltung lehnt einen Antrag von Eduard Limonow, dem Vorsitzenden der Bewegung »Anderes Russland«, zur Genehmigung einer »Strategie-31« Demonstration am 31. Januar auf dem Moskauer Triumphalplatz ab.
19– 20.01.2013	In einem Bergwerk Gebiet Kemerowo (Kusbass) kommen bei einer Methanexplosion vier Bergleute ums Leben. Vier weitere werden vermisst.
20.01.2013	Im Schwarzen Meer und im Mittelmeer beginnt die größte militärische Übung, die die russischen Kriegsmarine seit Auflösung der Sowjetunion durchgeführt hat. Kriegsschiffe der Schwarzmeer-, Ostsee- und Nordmeerflotte, Luft- und Landstreitkräfte nehmen daran teil.
20.01.2013	Bei einem Brand auf einer Baustelle in einem Vorort von Jekaterinburg (Gebiet Swerdlowsk) kommen acht Bauarbeiter ums Leben.
20.01.2013	In Moskau trifft erneut der »Koordinationsrat der Opposition« (KSO) zusammen. Er beschließt, russlandweite Großdemonstrationen unter dem Arbeitstitel »Marsch gegen die Henker« im Frühling zu veranstalten und ruft Zeugen der Ausschreitungen am »Marsch der Million« vom 6. Mai 2012 dazu auf, als Zeugen in den Gerichtsverfahren aufzutreten.
21.01.2013	Präsident Wladimir Putin weist den Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) an, ein staatliches System zur Aufdeckung, Verhinderung und Beseitigung der Folgen von Computerattacken auf russische Informationsressourcen auszuarbeiten.
21.01.2013	Verteidigungsminister Sergej Schojgu gibt den Befehlshabern der russischen Militärbezirke wieder das Recht, Soldaten Auszeichnungen zu verleihen, sie zu befördern bzw. zu degradieren oder sie zu entlassen.
22.01.2013	Jewgenij Brjun, Chef-Narkologe des russischen Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass ab der nächsten Woche Arbeitsmigranten, die eine Arbeitsgenehmigung erhalten möchten, einen Drogentest durchführen müssen.
22.1.2013	Treffen von Ministerpräsident Dmitrij Medwedew mit Vertretern der Dumafraktionen. Er erörtert mit ihnen die künftige Gesetzgebungsarbeit. U. a. geht es um das Migrationsgesetz.
23– 24.01.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nimmt am Weltwirtschaftsforum in Davos teil.
23.01.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erklärt in einem Interview mit Bloomberg TV, dass er nicht ausschliesse, an einer weiteren Präsidentschaftswahl teilzunehmen. Er werde jedoch nicht gegen Wladimir Putin antreten, da man einem gemeinsamen politischen Lager angehöre.
23.01.2013	Präsident Putin empfängt den Katholikos, das Oberhaupt der Georgischen Orthodoxen Kirche, Ilija II., im Beisein Patriarchen der ganzen Rus, Kirill, dem Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, zu einem Gespräch.
23– 24.01.2013	Bei Gefechten russischer Sicherheitskräfte mit Untergrundkämpfern werden im Rayon Wedenskij (Tschetschenien) zwei Soldaten getötet und fünf weitere verletzt.
24.01.2013	Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident und Beauftragter für den Rüstungs- und Verteidigungskomplex, wird von Putin zum Vorsitzenden des Kuratoriums der »Stiftung für perspektivische Forschungen« ernannt, die in Analogie zur US-Amerikanischen »Agentur für perspektivische Forschungen« des US-Verteidigungsministeriums (DARPA) gegründet wurde.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de